



Evangelische Verantwortung

Zwischen Tradition und Moderne Der fränkische Raum im Wandel

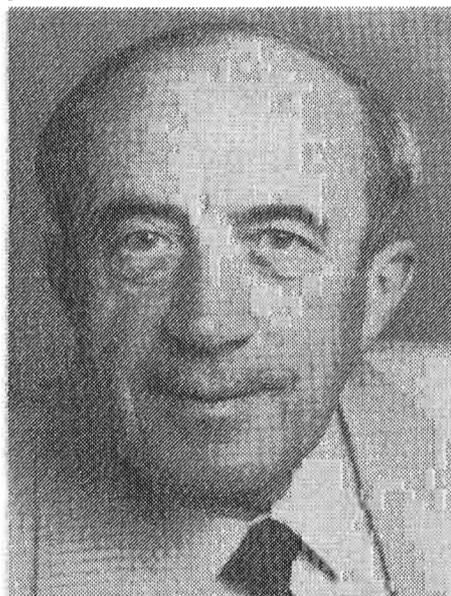
Werner Dollinger

In den 40 Jahren des Bestehens der Bundesrepublik Deutschland hat die CDU/CSU 27 Jahre lang an der Spitze die Regierungsverantwortung getragen. Dies zeigt, welche Bedeutung die Union für die Nachkriegsentwicklung hat. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Union nach 1945 die einzig neue Partei war. Bewußte Christen beider Konfessionen hatten sich aufgrund der Erfahrungen in den Jahren 1933 bis 1945 dazu entschlossen, in einer gemeinsamen Partei zu versuchen, Politik zu gestalten.

Der Start dieser Union war nicht leicht. Es gab Räume, wo das kath. Zentrum und die im wesentlichen katholische Bayerische Volkspartei auf katholische Wähler aus der Zeit bis 1933 zurückgreifen konnte, und es gab nur wenige Räume mit einem Wählerpotential des christlichen Volksdienstes aus der Weimarer Zeit.

Der fränkische Raum im Wandel

Die Entwicklung im fränkischen Raum – in meiner Heimat – war besonders problematisch. Die Geschichte dieses Ge-



Werner Dollinger: Junge Menschen für die Politik gewinnen

bietes ist nicht typisch für Bayern. Die Markgrafschaft Ansbach-Bayreuth umfaßte einen Großteil des jetzigen Regierungsbezirkes Oberfranken und Mittelfranken, bis Napoleon das Gebiet Bayern eingegliedert hat. Die Zugehörigkeit zu Preußen hatte auch die Mentalität der Bevölkerung mitgeprägt. Es ist klar, daß andere Vorstellungen vorhanden waren als im altbayerischen katholischen Gebiet, welches nach alter Tradition besonders mit dem Bayerischen Königshaus und damit mit München verbunden war.

Aber nicht nur die Geschichte hatte dieses Gebiet geprägt, sondern auch die Konfession. Ober- und Mittelfranken waren vorwiegend protestantisch, wobei auch auf die Bedeutung der freien Reichsstädte in diesen Gebieten hingewiesen werden muß.

Die Menschen in diesen Räumen waren reichsorientiert und der Gedanke des Föderalismus war ihnen sehr fremd und rasch trat die Sorge auf, daß sich der Föderalismus zum Separatismus entwickeln könnte.

Hinzu kam, daß das liberale Bürgertum gegen Kirchen dann voreingenommen war, wenn der Eindruck entstand, sie könnten sich in das staatliche, öffentliche und politische Geschehen zu sehr einmischen. So war die Gestaltung der Union in diesem Gebiet außerordentlich schwierig. Man wollte keine föderalistische bayrische Partei und sagte daher oft, „wenn schon überhaupt eine „C“-Partei, dann gleich CDU“.

Es gab Stimmen, die – und das erlebte ich persönlich – in Versammlungen erklär-

Liebe Leser,

diese Ausgabe der EV hat einen „bayerischen Schwerpunkt“. Damit wollen wir vor allem aber nicht nur die Teilnehmer unserer Bundestagung am 20./21. Oktober 1989 in Nürnberg einladen, sich über unseren fränkischen Tagungsraum zu informieren. Über Strukturwandel und Ausgestaltung unserer Gesellschaft haben sich der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung, Elmar Pieroth, und der Vorsitzende der CDA, Ulf Fink, Gedanken gemacht. Übereinstimmend nehmen beide deutlich Bezug auf das christliche Menschenbild als Grundlage ihrer Politik.

Im Augenblick beschäftigt uns alle das Schicksal unserer deutschen Nachbarn. Für viele von ihnen bedeutet die Kirche einen Ort der Zuflucht und des Zuspruchs. Wie sehr die Kirche sich ihrer besonderen Verantwortung bewußt ist, macht der Brief der Leitung des Bundes der Kirchen in der DDR an Erich Honecker deutlich (s. S. 11).

Mit der „Aktion willkommen“ ruft die CDU ihre Mitglieder auf, unseren Landsleuten aus der DDR bei ihren ersten Schritten in ihrer neuen Heimat beizustehen. Informationen dazu finden Sie auf unserer letzten Seite. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle in Bonn hat darüber hinaus ein Sonder-Telefon zur Beratung in Übersiedlerfragen eingerichtet. Bitte weisen Sie in Ihren Ortsverbänden und Kirchengemeinden auf diese Möglichkeit hin. Die Telefonnummer lautet: 02 28/544-435.

Ihre Redaktion

Fortsetzung nächste Seite

ten, diese Union würde eine Hilfestellung zur Gegenreformation sein.

Wenn alle diese Schwierigkeiten zu einem großen Teil überwunden wurden, so lag dies auch daran, daß angesehene Persönlichkeiten aus dem fränkischen Gebiet sich der Union zur Verfügung stellten. Sie kamen zum Teil aus dem christlichen Volksdienst und auch aus dem Bereich der früheren Staatspartei (heute Freie Demokratische-Partei) bzw. von den Deutsch-Nationalen und der Deutschen Volkspartei. Es waren Mitglieder des Deutschen Reichstages bzw. des Bayerischen Landtages vor 1933. Hinzu kam noch, daß diese Herren überzeugte evangelische Christen waren und sich insbesondere in den Jahren des Kirchenkampfes eindeutig und klar der Bekennenden Kirche angeschlossen hatten, auch für sie eintraten und oft wegen ihrer Haltung in Schwierigkeiten geraten waren.

Wie schwer der Start war, zeigen vielleicht einige Zahlen: Bei den Bundestagswahlen 1949 hatte die CSU im Bundestagswahlkreis Fürth jeweils an Zweitstimmen einen Anteil von 17,3%, die SPD 29,4%, die FDP 19,5% und Sonstige 33,3%.

Nürnberg-Nord: CSU 16,1%, SPD 35,7%, FDP 15,5%, Sonstige 32,7%

Erlangen: CSU 20,7%, SPD 31,7%, FDP 18,9%, Sonstige 28,7%

Roth: CSU 33,6%, SPD 26,4%, FDP 13,9%, Sonstige 26,1%

Ansbach: CSU 39,7%, SPD 19,3%, FDP 18,7%, Sonstige 22,2%

(in Oberfranken)

Bayreuth: CSU 21,2%, SPD 32,1%, FDP 14,1%, Sonstige 32,6%

Coburg: CSU 18,8%, SPD 34,5%, FDP 19,4%, Sonstige 27,3%

Kulmbach: CSU 24,9%, SPD 21,2%, FDP 8,5%, Sonstige 45,4%

Bamberg: CSU 33,6%, SPD 18,2%, FDP 7,4%, Sonstige 40,8%

Die Zahlen zeigen deutlich, wie in vorwiegend evangelischen Räumen bei wenigen Ausnahmen die CSU schwach und die FDP verhältnismäßig stark war. In Bamberg waren die Ergebnisse ganz anders. Aber auch die Wahlkreise Roth und Ans-

bach machten eine Ausnahme, und dies lag an den Persönlichkeiten, die dort kandidierten.

Wagnis der „Union“ gelungen

Die Darstellung der Union durch bewußte Christen beider Konfessionen hat in verhältnismäßig kurzem Zeitraum die Schwierigkeiten zum Großteil überwunden und ihr eine gute Position in der Öffentlichkeit verschafft.

Bei den Bundestagswahlen 1953 zeichnete sich in diesen Räumen auch im evangelischen Bereich ein wesentlicher Wandel ab.

Wir sollten heute dankbar sein, daß dieses Wagnis der „Union“ gelungen ist. Die deutsche Politik wäre anders verlaufen, wenn im Jahre 1949 die Sozial-Demokratische Partei Deutschlands die Regierung übernommen hätte, denn sie hätte ein ganz anderes Programm als die Union, z. B. Planwirtschaft statt Marktwirtschaft.

Neben den Wahlergebnissen muß aber auch die Bedeutung der Union für die geistig-geistliche Entwicklung gesehen werden.

Der Zusammenbruch des Jahres 1945 war für viele Menschen – einfach ausgedrückt – eine Katastrophe. Das Reich existierte nicht mehr, idealistische Anhänger des Nationalsozialismus waren zutiefst enttäuscht und viele Menschen waren ohne Hoffnung. Das Leid, Angehörige im Krieg verloren zu haben, die Not der Ausgebombten und der Heimatvertriebenen wirkten zusammen, und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft war sehr gering. Die Kirchen leisteten damals einen großen Dienst. Sie kümmerten sich nicht nur seelsorgerisch um die Menschen, sondern sie spendeten auch Trost und Zuversicht.

Es war klar geworden, daß in der Zeit bis 1945 die Göttlichen Zehn Gebote mißachtet wurden und an deren Stelle Parolen traten, wie z. B. „Recht ist, was dem Volke nützt“. Ebenso wurde deutlich, daß nicht alles, was Menschen können und tun, gut und erfolgreich ist – auch nicht ethisch verantwortbar!

Die Geschehnisse und Erkenntnisse brachten damals viele Menschen zum Nachdenken und wieder in die Kirche.

Der Wille, sich nicht mit dem, was war, abzufinden, sondern wieder aufzubauen, setzte sich durch.

Verständigung von Kirche und Politik verbessern

Wenn ich mir nach 40 Jahren die heutige Situation kritisch vor Augen halte, dann muß ich feststellen, daß ethisch-religiöse Überlegungen in starkem Maße wieder zurückgedrängt worden sind. Die Säkularisierung ist fortgeschritten, und häufig wird von einem Wertewandel gesprochen. Vieles, was man vor 20 oder 30 Jahren ablehnend beurteilte, wird heute als selbstverständlich akzeptiert. Es ist sicher nicht notwendig, hier Beispiele anzuführen, ich erwähne nur die Haltung zu den „Zehn Geboten“ im allgemeinen und zum Gebot der Nächstenliebe im besonderen. Die Anpassung an den Zeitgeist ist weit fortgeschritten. Dies kann nach meiner Überzeugung nicht gutgehen!

Wir Menschen brauchen Orientierungspunkte – oder ich drücke es einmal anders aus – wir brauchen „Leitplanken“, damit wir nicht vom rechten Weg abkommen. Es ist Aufgabe der Kirche, dies immer wieder zu sagen, aber auch verantwortungsvolle Politiker dürfen sich dem nicht verschließen.

Im evangelischen Raum haben wir heute besondere Probleme. Es gibt Spannungen zwischen Teilen der evangelischen Kirche und der Union. Ich erwähne das Asylrecht, Themen der Inneren Sicherheit, die Diskussion um Wehrpflicht und Ersatzdienst oder auch die Fragen der Energie, besonders der Kernenergie und des Umweltschutzes. Es kommt darauf an, diese Spannungen zu erkennen und sich zu bemühen, eine Verständigung zu erreichen.

Es ist deshalb **Aufgabe des Evangelischen Arbeitskreises**, immer wieder dafür zu sorgen, daß die Auffassung der Kirche in die Politik eingebracht wird und umgekehrt Vorstellungen der Politik auch im kirchlichen Bereich entsprechend dargestellt werden. Dabei muß klar sein, daß die Kirche nicht die Politik und die Politik die Kirche nicht überfordern darf.

Zu diesen Fakten der Politik gesellt sich ein anderes Problem. Ich sehe mit zunehmender Sorge einen Mangel an Nachwuchs in

allen Parteien, auch in der Union. Ich frage mich warum? Vor 20 Jahren gab es viele junge Menschen, die sich aus den christlichen Jugendorganisationen heraus für die Politik interessierten und sich auch betätigten. Dies hat sehr abgenommen und ist bedauerlich. Den jungen Menschen muß klar gemacht werden, daß die Berufsausbildung und der Beruf ganz wichtig sind, aber auch das Gemeinschaftsleben mitgestaltet werden muß. Insbesondere gilt es zu erkennen, daß viele Entscheidungen – auch für das Einzelschicksal – in der Demokratie auf politischer Ebene entschieden werden.

Das „C“ sollte Verpflichtung sein

Es ist nach meiner Meinung geradezu eine Christenpflicht, sich um öffentliche Belange zu kümmern. Auch der Spielraum für die Freiheit eines Christenmenschen wird von der Politik bestimmt. Daher ist es auch eine Aufgabe des Evangelischen Arbeitskreises, jungen Menschen den Weg in die Politik zu ebnet und sie entsprechend zu begleiten.

Die Union hätte sich im fränkischen Raum nicht entwickeln können, wenn nicht überzeugte Protestanten in der Union mitgewirkt und sie mitgestaltet hätten. Dies hat im übrigen auch dazu beigetragen, das Spannungsverhältnis innerhalb Bayerns zwischen Nord und Süd abzubauen. Schließlich wäre ohne die evangelischen Christen und deren politischer Betätigung in der Union die „C“ nicht zu der führenden Partei in Bayern und im Bund geworden.

Wir sollten alles tun, um die Union nicht nur zu erhalten, sondern sie auch so zu gestalten, daß sie das Vertrauen schafft, daß Politik sowie Politiker glaubwürdig bleiben. Deshalb müssen bewußte Christen beider Konfessionen in der Union aktiv sein!

Gerade das „C“ in der Partei ist für jeden Einzelnen eine hohe Verpflichtung. Tun und Wirken wird danach beurteilt – ein strenger Maßstab!

Glaubwürdigkeit und ethisch-moralische Grundsätze sind auch in Zukunft unabdingbar. Das Maß der Erfüllung ist für das Vertrauen der Wähler in die Union entscheidend.

Ann.: Dr. Werner Dollinger, Bundesminister a. D., ist Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CSU.

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern – Strömungen und Tendenzen

Walter Allgaier

Napoleon ist schuld auch an der bayerischen Landeskirche, wie sie heute existiert. In den nachnapoleonischen Wirren schrieb bekanntlich der Wiener Kongreß die Landkarte Europas neu: Max Joseph von Bayern mußte dabei die ihm ursprünglich zugestandenen Habsburgischen Gebiete Tirol, Salzburg und Oberösterreich wieder abgeben. Entschädigt wurde er dafür mit der Pfalz und vor allem mit Franken. Hier aber bekannte man sich überwiegend zum Protestantismus, insbesondere in den Hohenzollernlanden um Ansbach und Bayreuth aber auch in einer Reihe von Städten, die schon früh die Reformation eingeführt hatten und später auf die konfessionelle Parität festgelegt waren. So verfügte das Königreich Bayern bei rund 3,1 Millionen Einwohnern über 752.000 oder 23,8% Protestanten – eine Relation, die sich bis heute erhalten hat.

Die Wehen, aus denen die Landeskirche hervorging, waren indes beträchtlich. Galt es doch, 90 bislang voneinander unabhängige Kirchenwesen unter einem Dach zusammenzuführen. Geeint waren diese Kirchen vorab nur durch den katholischen König als Notbischof.

1818 brachte dann das Protestantenedikt die ersehnte Gleichstellung mit dem Katholizismus in Bayern. Auch die „Wirkungsweisen“ des Protestantismus wurden jetzt festgelegt, die Kirche erhielt ein Oberkonsistorium in München sowie Konsistorien in Ansbach, Bayreuth und Speyer. Obwohl die Protestanten in weiten Kreisen des „heiligen katholischen Bayerns“ ungeliebt waren, gelang gut geschulten fränkischen Beamtenschaft schon bald, in leitende Regierungspositionen aufzurücken; 1849 wurde mit dem Freiherrn von der Pfordten der erste Protestant bayerischer Ministerpräsident.

Die Evangelische Fakultät Erlangen erlebte ab 1830 eine Lutherrenaissance, die bald die ganze Landeskirche erfaßte und den bayerischen Protestantismus geprägt hat bis auf den heutigen Tag. Wenn die Landeskirche innerhalb der EKD in der Abendmahlsfrömmigkeit einsam an der Spitze steht, wenn der Gottesdienstbesuch ebenfalls den Durchschnitt des deutschen Protestantismus erheblich übersteigt, dann hat das auch mit dem damaligen Aufbruch zu tun. Man entdeckte die lutherischen Bekenntnisschriften, insbesondere die Confessio Augustana neu und bezog ihre Aussagen (Rechtfertigung allein aus Glauben) auf das Leben von Kirche und Gemeinde.

Als Folge der lutherischen Rückbesinnung formierte sich auch der Widerstand gegen die staatliche Gängelung der Kirche. Zur Zentralfigur dieser Opposition wurde der Neuendettelsauer Pfarrer Wilhelm Löhe, der eine Trennung von Kirche und Staat verfocht, um eine Freiwilligkeitskirche der wahrhaft Gläubigen zu erreichen.

Kirchliche Eigenständigkeit ab 1918

Frei vom Staat wurde die Landeskirche jedoch erst nach dem Ersten Weltkrieg. Erstaunlich rasch stellte man sich darauf ein, daß man nicht mehr mit der obrigkeitlichen Fürsorge rechnen konnte. Im kirchlichen Amtsblatt vom November 1918 liest man dazu: „Eine Welt ist versunken und hat vieles mit sich genommen, was uns lieb und teuer war. Eine neue Welt erhebt sich noch dunkel und nebelhaft. Aber auch sie bedarf des Evangeliums“.

Der Übergang zur kirchlichen Eigenständigkeit verlief umso reibungsloser, als der neue Kirchenpräsident Veit durchaus ein „aufgeklärter Republikaner“ war. Die Leitung der Kirche wurde jetzt in die Hände von Synode, Kirchenpräsident (ab 1933 Landesbischof) und Landeskirchenrat gelegt. 1924 erreichte man im Gefolge des römischen Konkordats einen Kirchenvertrag mit dem Freistaat Bayern, der als beispielgebend für alle ähnlichen Regulierungen des deutschen Protestantismus gilt.

Die bayerische Pfarrerschaft bot damals ein relativ geschlossenes Bild: Man war überwiegend vaterländisch national gesinnt aber in Distanz zum Weimarer Parlamentarismus. Weil

man sich im katholischen Bayern politisch nie recht zu Hause fühlen konnte, war man schon aus Opposition dem Reichsgedanken gegenüber ausgeschlossen. Die völkische Bewegung fand in den Erlanger Theologieprofessoren Paul Althaus und Werner Elert zeitweise ihre Kirchenväter.

Es war der Verdienst des ab 1933 amtierenden Bischofs Hans Meiser, daß die bayerische Landeskirche nach anfänglichen Irritationen den Kurs einer klar bekenntnisbestimmten Kirche steuerte und die deutschen Christen nicht ins Kirchenregiment einzogen. Die Landeskirche zählte zusammen mit der württembergischen zu den beiden intakten Kirchen.

Nach 1945 wurde auch Bayern von einer Flüchtlingswelle aus dem Osten erfaßt: Die Zahl der Protestanten schnellte dabei schlagartig von 1,7 auf 2,4 Millionen. In Niederbayern (1939 1,6%, 1945 9,6% Protestanten) und der Oberpfalz entstand eine ausgedehnte Flüchtlingsdiaspora, die das ökumenische Mitsein andief befruchtete. 200 Kirchen und Kapellen wurden damals von der katholischen Kirche für evangelische Gottesdienste geöffnet.

Das Verhältnis zur römisch-katholischen Kirche hat sich seither trotz mancher offenen Wünsche als ein freundliches Arrangement bei „versöhnter Verschiedenheit“ entwickelt. Kontakte zwischen Kirchenleitung und Katholischer Bischofskonferenz verlaufen in einer Atmosphäre des konstruktiven Gesprächs. In der praktischen Zusammenarbeit hat sich indes schon längst eine **fruchtbare Ökumene des Helfens entwickelt und bewährt.**

Die bayerische Landeskirche bejaht nachdrücklich ihre Verpflichtung gegenüber dem Gesamtprotestantismus in Deutschland. Eine Sonderstellung nimmt sie darin insofern ein, als sie die einzige EKD-Kirche ist, die zwischen den beiden Volkszählungen von 1970 und 1987 bei den Mitgliedszahlen zugelegt hat. Sie ist in diesem Zeit-

raum von 2.562 auf 2.603 Millionen gewachsen, also um rd. 40.000 Menschen. Dieser Gewinn ist eindeutig auf die Zuwanderung insbesondere aus dem norddeutschen Protestantismus zurückzuführen. Nicht nur der Freizeitwert Südbayerns, sondern auch die Ansiedlung von High-Tech-Industrie hat diesen Raum attraktiv gemacht.

Ansonsten leidet auch die bayerische Landeskirche an einem gewissen Aderlaß durch Kirchenaustritte, die freilich nie den Pegel anderer Regionen erreicht haben. Stark geschlossen hat sich die Schere, die durch den Überhang von Bestattungen gegenüber den Taufen entstanden war. Verlor man 1975 auf diese Weise noch 13.000 Mitglieder, so waren es 1988 nur noch 5.000.

Christliches Glaubensgut prägend übermitteln

Wie in anderen Landeskirchen hat der theologische Nachwuchs in den letzten Jahren stark zugenommen; durch verschiedene vorsorgliche Maßnahmen konnte aber bislang eine Warteliste bei den Kandidaten vermieden werden. In den letzten Monaten hat durch die Errichtung eines Arbeitsbereiches 'Frauen in der Kirche' bei der Kirchenleitung die lang vernachlässigte Stellung der Frau ihre angemessene Berücksichtigung gefunden. Die theologisch gebildete Frau konnte schon seit 1975 in Bayern zum geistlichen Amt ordiniert werden.

Die insgesamt günstige Situation der bayerischen Landeskirche kann aber doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich auch hierzulande ein Abbruch christlicher Tradition und Kultur vollzieht und daß es kaum mehr gelingt, der jungen Generation das christliche Glaubensgut prägend zu übermitteln. Auch die Bemühungen der evangelischen Erwachsenenbildung, die ungefähr jeden zehnten Evangelischen erreichen, sind hierfür kein voller Ausgleich.

Es gilt, die Möglichkeiten des Gesprächs und der Kontakte noch intensiver als bisher zu nutzen; verschiedene gemeindemissionarische Versuche waren hier durchaus ermutigend.

Anm.: Der Autor dieses Beitrags betreut als Landeskirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern den Bereich Presse- und Medienarbeit.

Die politische Verantwortung der Union für Norddeutschland

Klaus Weigelt

Es ist höchste Zeit, daß die CDU wieder verstärkt ihr Augenmerk auf den Norddeutschen Raum richtet. Lange Jahre schien es so, als sei das Terrain im Norden abgesteckt: Schleswig-Holstein und Niedersachsen als sichere CDU-Länder, die beiden Hansestädte in der Hand der Sozialdemokraten. Zeitweise gelang es der Hamburger CDU sogar, stärkste Partei in der Hansestadt zu werden.

Dieses günstige Bild hat sich in den letzten zwei Jahren grundlegend verändert. Mit der Barschel-Affäre setzte ein Niedergang in der schleswig-holsteinischen CDU ein, der zum Machtverlust im Mai 1988 führte und die Partei auf ein Zustimmungsniveau in der Bevölkerung zurückwarf, das seit Anfang der 50er Jahre als überwunden gelten konnte. Indessen regiert die Hamburger SPD trotz aller Skandale unangefochten, und die Bremer CDU ist zu einem kleinen Häuflein von weniger als 25% zusammengeschrumpft.

Am dramatischsten stellt sich derzeit die Situation in Niedersachsen dar. Ministerpräsident Ernst Albrecht hat das auf die Formel gebracht: Wenn Niedersachsen kippt, kippt die ganze Republik. Gemeint sind die Landtagswahlen im Frühjahr 1990, deren Ergebnis nicht nur auf die zukünftige Zusammensetzung des Bundesrates, sondern vor allem auch für den Ausgang der Bundestagswahlen im Dezember 1990 von entscheidender Bedeutung sein dürfte.

Politische Entwicklungen in Norddeutschland

In dieser Lage war es gut, den Bundesparteitag nach Bremen einzuberufen und ihn durch wichtige Personal- und Sachentscheidungen zu einer bedeutenden Wegmarke in der Parteigeschichte der CDU zu machen. Sehr zu begrüßen ist die Entscheidung von Helmut Kohl, mit Volker Rühe dem Parteitag einen norddeutschen Politiker für das Amt des Generalsekretärs vorzuschlagen.

Der Hamburger Rühe hatte sich selbst in seinem ersten Interview als „evangelischen Christen“ bezeichnet, er kennt sich im norddeutschen Raum bestens aus und der Parteitag hat ihn mit einem überzeugenden Votum gewählt. Auch in der

Wahl des Parteipräsidiums bewies der Bundesparteitag Fingerspitzengefühl: Mit Ernst Albrecht und Gerhard Stoltenberg wurden die Vertreter Niedersachsens und Schleswig-Holsteins mit großen Mehrheiten wiedergewählt, so daß auch nach außen hin sichtbar wurde, daß die CDU den politischen Entwicklungen in Norddeutschland das ihnen gemäße Gewicht zuzumessen bereit ist.



Klaus Weigelt: Attraktivität des Nordens fördern

Das Zeichen zum Neubeginn in Schleswig-Holstein hat Anfang 1989 Ottfried Hennig gesetzt. Mit der Übernahme des CDU-Landesverbandes am 8. April hat er vielen Menschen innerhalb und außerhalb der CDU wieder Hoffnung und Zuversicht gegeben. Die Wähler reagieren spontan auf Hennigs risikofreudigen Einsatz: Bei den Europawahlen erzielte die Schleswig-Holsteinische CDU als einzige Landespartei gegenüber den vorangegangenen Landtagswahlen einen Zuwachs von über 3% und der Abstand zur SPD schmolz von über 20 auf 8% zusammen. Ein beachtlicher Anfangserfolg!

Nun wird es darauf ankommen, die Partei personell und konzeptionell wieder auf eine feste Grundlage zu stellen, um

die Kommunalwahlen im März 1990 und die Bundestagswahlen erfolgreich zu bestehen und damit die Voraussetzungen zu schaffen für eine erfolgversprechende Herausforderung der Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen 1992.

Die geschilderten Entwicklungen zeigen, daß die CDU dabei ist, ihre personelle Glaubwürdigkeit und damit auch ihre grundsatzpolitische Verantwortung für Norddeutschland zu stärken. Ergänzend dazu ist es erforderlich, für den norddeutschen Raum eine konzeptionelle Vision zu entwickeln, die dem Norden im Vergleich zum Süden gleichberechtigte Zukunftschancen eröffnet und sichert. Hier ist in der Vergangenheit einiges nicht zufriedenstellend gelaufen; das muß anders werden.

Eröffnung von Zukunftschancen

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat während eines Fachkongresses zum Thema „Die Zukunft des Norddeutschen Raumes“ Anfang Juni 1989 in Hannover mit Politikern, Wissenschaftlern und Experten aus der Wirtschaft über diese Fragen diskutiert und dabei die folgenden Punkte herausgearbeitet.

1. Der Zusammenschluß der vier norddeutschen Länder in einem Nordstaat ist weder aus politischen noch wirtschaftlichen Gründen für den Norddeutschen Raum dienlich. Wichtiger ist es, die trennende Wirkung der Ländergrenzen durch eine verstärkte Kooperation zu überwinden. Alle Hindernisse, die die Entwicklung des Gesamtgebietes hemmen, sollten politisch beseitigt werden.
2. Es ist zu gewährleisten, daß sich die Vollendung des europäischen Binnenmarktes bis zum Ende des Jahres 1992 auch auf Norddeutschland positiv auswirkt. Alle Überlegungen zur wirtschaftlichen Stärkung des Norddeutschen Raumes sollten darum bereits heute von einer scho-

nungslosen Analyse der Standortchancen und -schwächen ausgehen, um dringend erforderliche Verbesserungen planen zu können.

3. Vordringlich ist eine erhebliche Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in Norddeutschland. Die derzeitigen Verkehrsbedingungen liegen weit hinter dem bereits erreichten Niveau in der Bundesrepublik Deutschland zurück. Deshalb sind der Bund und seine Monopolunternehmen Bundesbahn, Lufthansa und Bundespost gefordert, an der Verbesserung im Norden und damit der Angleichung der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland mitzuwirken.
4. Die Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen der norddeutschen Wirtschaft müssen verstärkt werden. Innovationen prägen die technische und wirtschaftliche Entwicklung einer Region und bestimmen ihren Platz im weltweiten Wettbewerb. Eine zu gründende norddeutsche Institution für Wirtschaftsförderung könnte vor allem die mittelständische Industrie in dieser Region durch Technologieberatung unterstützen.
5. Die norddeutsche Wirtschaft wird im wesentlichen von einem flexiblen mittelständischen Gewerbe geprägt. Großunternehmen sind die Ausnahme. Aus dieser Struktur heraus ergeben sich Zukunftschancen vor allem im Bereich der Dienstleistungen. Durch ihre Verknüpfung mit der Umweltwirtschaft können neue Marktchancen erschlossen werden, die zusätzlichen Wachstumskräften Auftrieb geben könnten.
6. Das System der allgemeinen und beruflichen Bildung ist weiter zu entwickeln, da ohne ein dauerhaftes hohes Qualifikationsniveau der Erwerbstätigen die Wettbewerbsfähigkeit Norddeutschlands nicht gesichert werden kann. Hierzu gehören Entwicklung und Ausbau der Ingenieurwissenschaften – vor allem in Schleswig-Holstein.

Zur Verbesserung der Qualifikation im Bereich der mittelständischen Wirtschaft

müssen die Pläne für Berufsakademien, eine Finanzakademie und eine technische Akademie baldmöglichst verwirklicht werden. Hierdurch könnten insbesondere die mittelständischen Betriebe mit modernen Produktions-, Führungs- und Finanzierungstechniken vertraut gemacht werden.

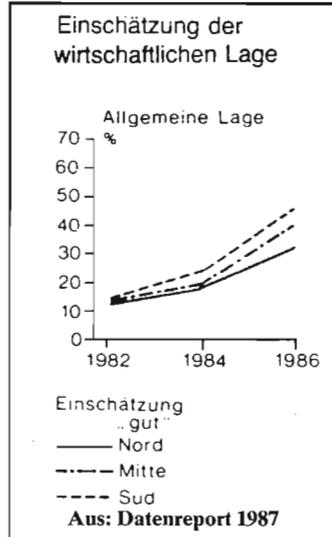
7. Die Tarifvertragsparteien sollten zu der Einsicht gelangen, daß das Lohnkostenniveau Norddeutschlands im Vergleich zum Süden zu hoch ist. Ein Lohnkostenvorteil kann die Wettbewerbsfähigkeit vorhandener leistungsfähiger Unternehmen stärken und den Norden für Unternehmen aus anderen Regionen attraktiv machen. Dafür muß auch die Lohndifferenzierung beträchtlich zunehmen, um einerseits weniger qualifizierten Arbeitskräften eine Beschäftigungschance zu ermöglichen und andererseits hochqualifizierte Arbeitskräfte im Norden zu halten bzw. von außerhalb neu zu gewinnen.

8. Das teilweise recht hohe Gewerbesteuerniveau sollte gesenkt werden, um Anreize für zusätzliche Investitionen im Norden zu schaffen. In der Folge wären hierdurch die Voraussetzungen für steigende Steuereinnahmen geschaffen, aus denen bestehende Finanznöte beseitigt werden könnten. Als weiterer Schritt für die Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen in Norddeutschland eignet sich die Privatisierung von Kommunalbetrieben, um die Kommunen von unnötigen Ausgaben zu entlasten.

9. Heute ist die Lebensqualität einer Region für die Standortentscheidung von Unternehmen von großer Bedeutung. Norddeutschland hat auf diesem Gebiet zahlreiche natürliche Vorteile. Diese gilt es weiter auszubauen. Auch dadurch kann verhindert werden, daß weiterhin Unternehmen und qualifizierte Fachkräfte in den Süden abwandern.

Andererseits ist bei der Landbevölkerung das Verständnis dafür zu wecken, daß sich das Lebenstempo und damit auch der wirtschaftliche und gesellschaftliche

Strukturwandel in den letzten Jahrzehnten erheblich beschleunigt haben. Diese Entwicklung hält an. Eine von christlicher Verantwortung getragene einfühlsame Politik muß humane Bedingungen schaffen, unter denen sich eine mentalitätsmäßige Anpassung der Bevölkerung an den Fortschritt ergeben kann.



10. Norddeutschland verfügt bereits heute über ein beachtliches Innovationspotential. Es muß aber verstärkt die Ansiedlung neuer Unternehmen durch die Verbesserung des wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Klimas fördern, um die wirtschaftliche Attraktivität des Norddeutschen Raumes weiter zu fördern und zu verbessern.

Diese Thesen zeigen, daß noch viel zu tun ist, um Norddeutschland den ihm gebührenden Platz innerhalb der Bundesrepublik zu sichern. Die CDU hat auf ihrem Bundesparteitag in Bremen dafür wertvolle Voraussetzungen geschaffen. Sie hat richtungswisende Personalentscheidungen getroffen und mit der Verabschiedung des Leitantes zur Umwelt- und Energiepolitik einen programmatischen Beschluß gefaßt, der allen diesbezüglichen Äußerungen anderer Parteien weit voraus ist. Das gilt auch für die Beschlüsse zur Ausländerpolitik und zur modernen Parteiarbeit. Damit sind Entscheidungen gefallen, die einen produktiven und offensiven Wahlkampf 1990 ermöglichen und die auch die norddeutschen Landesparteien mit größerem Optimismus in die Zukunft schauen lassen.

Anm.: Der Verfasser des Beitrages ist Leiter der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung und Mitglied im EAK-Bundesvorstand.

Was gilt in der Kirche?

Zu einer Zeit, als mehr und mehr Christen an ihrer Kirche, der Nordelbischen Kirche (NEK), verzweifelt, dieser Kirche den Rücken kehrten, bis schließlich die Unzufriedenheit in Nordelbien mit der Gründung einer „Bekennenden Gemeinschaft“ einen Höhepunkt erreichte, hat die Kirchenleitung 1985 eine Sondersynode zum Thema „Was gilt in der Kirche?“ einberufen. Jetzt, vier Jahre danach, hat Bischof Ulrich Wilckens in einem Bericht über das kirchliche Leben des Sprengels Holstein-Lübeck vor der Nordelbischen Synode am 21. September 1989 eine erste Bilanz gezogen¹.

Meine Kirche, unsere Kirche

Aufgrund vieler Gespräche in den Kirchenkreisen und mit einzelnen Gemeindemitgliedern kann ich zunächst bestätigen, daß jene Kundgebung damals nahezu durchweg begrüßt und angenommen worden ist. Denn nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern gerade auch im kirchlichen Leben selbst ist die innere Lage unserer Volkskirche damals weithin als kritisch empfunden worden. Dies freilich hat sich bis heute nicht verändert.

Man trägt zwar nicht mehr alle Gegensätze so rücksichtslos und in so aggressiver Form auf den Markt. Überdies schleifen sich manche Öffentlichkeitswirkungen durch ständige Wiederholung einfach ab; und auch innerkirchlich überlebt sich Modisches erstaunlich und z. T. erschreckend rasch. Aber im Problemgrunde, scheint mir, hat sich nicht viel geklärt.

Gesprächsbereitschaft zwischen streitenden Gruppen, die die Synodenerklärung damals hervorrufen wollte, ist nicht gewachsen. Eine Kultur verantwortlicher und darum fruchtbarer innerkirchlicher Auseinandersetzungen um das, was in unserer Kirche gilt und gemeinsam gelten soll, ist nicht einverstanden. Statt dessen höre ich in dieser Hinsicht verdächtig oft resignative Töne: Man sähe eigentlich nicht viel aussichtsreiche Möglichkeiten zu einem gegenseitigen Verstehen und zu einem Zusammenrücken über die tiefen Klüfte der Meinungsgegensätze hinweg.

Man beschränkt sich faktisch mehr und mehr auf die eigenen homogenen Gruppen und macht gegeneinander die Schotten dicht. Und viele Einzelne – Pastoren, Mitarbeiter, Kirchenvorsteher und andere engagierte Gemeindemitglie-

der – fühlen sich nicht selten in ihrer Kirche recht alleingelassen.

„Was gilt in der Kirche?“ – konkret

Es sind auch keineswegs allein die Themen politischer Ethik, um die damals der Streit entbrannte; sondern es sind tiefe Irritationen gleichsam unterhalb der Ebene dieser Kontroversen: Es geht mehr und mehr um die Wurzeln des Glaubens und des Christseins selbst inmitten einer Welt, die sich offensichtlich ihrerseits von diesen religiösen Wurzeln abzuschneiden im Begriff ist; und in einer Volkskirche, die zunächst auf weiten Strecken wie ein Spiegelbild dieser Welt erscheint, in der jeder nach seiner eigenen Façon lebt und leben will und das für alle gemeinsam Verbindliche immer mehr ausgehöhlt wird.

Gewiß, die meisten unter uns stehen noch dazu, was die Synode damals „allen, die in Sorge sind um den Weg der Nordelbischen Kirche“, zugerufen hat: „Unsere Kirche lebt – wie die Kirche zu allen Zeiten – allein von Gottes Heilshandeln in Christus, wie es in der Heiligen Schrift, in der Verkündigung des Wortes Gottes, in der Taufe und in der Gemeinschaft des Heiligen Abendmahls bezeugt und erfahren wird.“ Aber was heißt das nun konkret, wenn es um das geht, was unsere Pastoren, unser Pastor in seiner Sonntagspredigt sagt, was er mit seinen Konfirmanden bespricht und am offenen Grabe verkündigt? ...

¹ **Anm.:** Wir drucken aus dem Bericht über das kirchliche Leben des Sprengels Holstein-Lübeck Auszüge aus den Betrachtungen über „Was gilt in der Kirche“ mit freundlicher Genehmigung der Bischofskanzlei ab, weil wir meinen, daß dieser Bericht die Probleme der Kirche offen darstellt.

Aus den Wurzeln leben

Ulf Fink

Die Union als christlich orientierte Volkspartei hat den Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland zum zweitreichsten Land der Erde maßgeblich geprägt. Während sich die Weimarer Demokratie durch die Konkurrenz von Richtungs-, Interessen- und Protestparteien immer stärker blockierte, war das Prinzip der Volkspartei, das durch die neu gegründete CDU 1949 entwickelt wurde, ein Rückgrat, an dem sozialer Friede und politische Stabilität festgemacht werden konnten. Es wurde so erfolgreich, daß auch die SPD mit ihrem Godesberger Programm 1956 diesen Weg beschritt.

In der Union sind die großen demokratischen Strömungen, Christlich-Soziale, Konservative und Liberale bereit, den Interessen- und Meinungsstreit zu kultivieren, um gemeinsame Lösungen und Ziele zu formulieren. Die Vereinigungen sind Strukturen, durch die eine Streitkultur immer wieder neu entwickelt werden kann. Vor den Kompromiß gehört die Auseinandersetzung mit dem wichtigsten legalen Kampfmittel jeder Demokratie: dem Argument.

Aus Grundüberzeugungen politische Grundsätze entwickeln

Das christliche Menschenbild und die daraus resultierenden Orientierungsdaten für die Entwicklung der Gesellschaft ist die alle Schichten der Bevölkerung einigende Grundlage in der CDU. Sie darf weder durch tagespolitischen Aktionismus, noch durch eine rein mathematisch angelegte Strategiedebatte verkürzt werden. Die Absage der Delegierten auf dem Bremer Parteitag der CDU an eine Zusammenarbeit mit radikalen Parteien, die mit über 90 Prozent zustande kam, war ein wichtiger Eckstein, um die Partei auf Kurs zu halten.

In dieser Frage ist die soziale Mitte der kurzfristig sicher nicht bequemste Weg, jedoch der einzig richtige für den Erhalt politischer Stabilität, die auch ein Standortvorteil der Bundesrepublik für die Wirtschaft ist. Radikale Richtungsänderungen, die in Großbritannien über Jahrzehnte üblich waren, verunsichern die Wirtschaft und verschrecken die Bürger. Die Alternative hierzu ist eine permanente programmatische Erneuerung durch die Fähigkeit, herzhaf, aber menschlich miteinander zu streiten. Quer-, Vor- und Nachdenker sind kein Ballast; sie sind Lebenselixier für eine offene und solidarische Partei.

Dabei sind die alten Schubladen „links“ und „rechts“ verklemmt. Wer sich in Chile für Menschenrechte einsetzt, tut dies, um dem Naturrecht auf Leben, das jedem Menschen als Ebenbild Gottes zusteht, eine neue Qualität einzuklagen und nicht, um sogenannte linke Wählergruppen für sich zu vereinnahmen. Wer in der DDR Reformen und die Beseitigung des Schießbefehls für „Republikflüchtlinge“ verlangt, ist kein „kalter Krieger“, sondern ein waschechter Demokrat. Wer aus Grundüberzeugungen politische Grundsätze entwickelt, hat einen Kompaß, der jedes Klischee und Schubladendenken überwindet.

Das christliche Menschenbild geht vom „freien Willen“ aus, der dem Menschen zu eigen ist. Dies ist eine Absage an die marxistische Devise „Das Sein bestimmt das Bewußtsein“. Der vom Sozialwissenschaftler Helmut Schelsky definierte „technische Staat“ sieht die Politik nur noch als eine Folge von Entscheidungen nach pragmatischen Prinzipien, die keiner besonderen Legitimierung bedürfen. Wer den „Macher“ oder „Sachzwinger“ in der Politik haben will, um daraus eine Reparaturwerkstatt nach dem Diktat der Sachzwänge zu entwickeln, hat in der Union die falsche Grundlage.

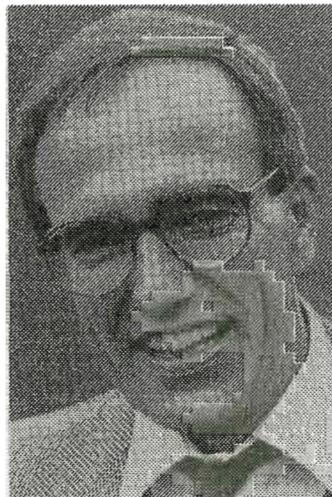
Den richtigen Weg entwickeln und auch gegen Widerstände einschlagen; diese Tugend hat Norbert Blüm in vorbildlicher Weise politisch fruchtbar gemacht. Überhaupt geht es darum, die künstliche Zweiteilung von „Ordnungs- und Verteilungspolitik“ aufzulösen. Die Soziale Marktwirtschaft, entwickelt vom Freiburger Konzil evangelischer Wissenschaftler im Widerstand zum Nationalsozialismus, ist der dritte Weg zwischen Kollektivismus und Kapitalismus. Zu ihr gehören Leistung und soziale Gerechtigkeit,

Wettbewerb und Solidarität, Eigenverantwortung und soziale Sicherung. Zu ihr gehört auch die Überwindung des künstlich entwickelten Konflikts zwischen Kapital und Arbeit.

Um sie im Sinne der Gründer Müller-Armack, Eucken und Erhard lebendig zu halten, benötigen wir das Primat der Politik über wirtschaftliche Macht, wo sie nicht durch den Markt kontrolliert werden kann. Die Volkswirtschaft hat zunächst eine Dienstfunktion am Menschen. Sie muß durch die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen zu erschwinglichen Preisen seine Wünsche und Bedürfnisse befriedigen. Arbeit für alle, damit jeder durch eigen verdientes Geld sein Leben frei gestalten kann, ist eine weitere wichtige Zielsetzung Sozialer Marktwirtschaft.

Zukunftsfrage: Umweltpolitik

Auf dieser Grundlage können auch Zukunftsfragen beant-



Ulf Fink: Politik der sozialen Mitte ist gefordert.

wortet werden: „Wie gehen wir mit der Schöpfung um?“ und „Werden wir unseren Verpflichtungen gegenüber den ärmeren Ländern gerecht?“.

Eine seriöse Umweltpolitik, die sich der Größe dieser Aufgabe bewußt ist, muß den Versuch unternehmen, kleinkarierten, parteipolitischen Streit zu vermeiden. Zugleich steht sie vor der Aufgabe, eine ökologisch orientierte, Soziale Marktwirtschaft zu entwickeln.

Die verstärkte, marktwirtschaftliche Umweltpolitik der Union wird zusätzliche Investitionen und Arbeitsplätze hervorrufen; vorgezogene und durch „Umweltanleihen“ be-

schleunigte öffentliche Umwelt-schutzinvestitionen sowie vermehrte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in diesem Bereich können für die Problemgruppen des Arbeitsmarktes und für die Schöpfung einen wichtigen Beitrag leisten. Wie kapital- und arbeitsintensiv der Schutz der Schöpfung ist, zeigt die Großfeuerungs-Anlagenverordnung mit ihren verschärften Rauchgasbestimmungen. Sie entwickelte ein Investitionsvolumen von fast 30 Mrd. DM und bewirkte damit Beschäftigung von über 32.000 Arbeitskräften.

Allein in Nordrhein-Westfalen sind 200 Unternehmen mit der Luftreinhaltetechnik beschäftigt. Gleichzeitig hat sich die Konzentration von Schwefeldioxyd in der Luft an Rhein und Ruhr um mehr als die Hälfte verringert. Diese und weitere gesetzliche und wirtschaftliche Maßnahmen müssen verstärkt werden. Dazu gehört vor allem die internationale Dimension.

Es geht nicht an, daß in der Bundesrepublik jährlich 5.000 Tonnen Beruhigungs- und Schlafmittel konsumiert werden, während eine Milliarde Menschen weltweit hungern. Ein „ökologischer Marshall-Plan“ der hochentwickelten Staaten muß den weniger entwickelten Staaten Hilfe zur Selbsthilfe zukommen lassen.

Angesichts der elementaren Probleme darf es kein „begrenzttes Denken“ mehr geben. Mehr Umweltschutz in Polen bedeutet auch reinere Luft in der Bundesrepublik Deutschland.

Zukunftsfrage: Pflegebedürftigkeit

Eine weitere, große Aufgabe der Zukunft wird die Versorgung pflegebedürftiger Menschen sein. 6 Milliarden DM werden hierfür durch die Gesundheitsreform von den Krankenkassen bereitgestellt. In vier Stufen sollen die fast 2 Millionen Pflegebedürftigen und ihre Helfer unterstützt werden. Die erste Stufe trat bereits 1989 in Kraft. Durch die Gesundheitsreform finanzieren die Krankenkassen einen vierwöchigen Pflegeurlaub. Die zweite Stufe wird mit dem Einkommensteuer-Senkungsgesetz 1990 vollzogen. Ein steuerlicher Freibetrag von DM 1.800,- wird auch für Pflegelei-

stungen anerkannt werden. Die Gesundheitsreform hat als dritte Stufe ein pauschales Pflegegeld von DM 400,00, unabhängig vom Einkommen, ab 1991 vereinbart. Durch den von Norbert Blüm erarbeiteten Rentenkonsum wird als vierte Stufe die Pflegeleistung ab 1992 als rentenbegründend und -steigernd anerkannt.

Wir können einem pflegebedürftigen Menschen die Voraussetzung schaffen, daß der Arzt und die Krankenschwester kommen und eine Hauspflegekraft, die sauber macht. Was aber geschieht, wenn pflegebedürftige Menschen allein leben? Über die Hälfte sind es bereits in großen Städten. Sollen wir in der restlichen Zeit, die der Mensch

im wachen Zustand zu Hause lebt, dafür sorgen, daß staatlich bezahlte und fortgebildete Animatoure kommen? Dies wäre keine Lösung. Hier ist das große Feld der nachbarschaftlichen und ehrenamtlichen Hilfen.

Verantwortung für die armen Regionen der Welt und die Solidarität mit den benachteiligten

Gruppen unseres Volkes zeichnen eine Politik der sozialen Mitte aus. Es sind die Taten und deren Früchte, an denen eine christlich orientierte Partei gemessen und bewertet wird.

Anm.: Ulf Fink MdA, ist Bundesvorsitzender der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft

Aus christlicher Verpflichtung: Soziale Marktwirtschaft

Elmar Pieroth

40. Jahr des Bestehens der Bundesrepublik Deutschland stellen wir fest, daß der damals eingeschlagene Weg mit dem Modell der Sozialen Marktwirtschaft ein außerordentlich erfolgreicher Weg war, der einen wirtschaftlichen Aufschwung ermöglichte, wie er in unserer Geschichte ohne Beispiel ist.

Das Ergebnis ist ein materieller Wohlstand auf breiter Basis und ein hochentwickeltes System der sozialen Sicherheit, die auf der Welt ihresgleichen suchen. Die Erfolgsformeln von damals sind auch heute noch gültig:

- Sicherstellen eines fairen Leistungswettbewerbs durch den Gesetzgeber
- Machtverteilung statt Machtzusammenballung
- soziale Partnerschaft statt Klassenkampf
- Sicherheit und Geborgenheit durch das Subsidiaritätsprinzip als Gliederungsprinzip einer solidarischen Gesellschaft
- breite Streuung von privatem Eigentum durch Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand

Diese Erfolgsformeln dürfen durch die neuen Herausforderungen nicht in Frage gestellt werden, sie sind vielmehr die Voraussetzung, daß auch den neuen Anforderungen entsprochen werden kann. Die Menschen müssen erkennen, daß nur die Soziale Marktwirtschaft der geeignete Rahmen für die Sicherung der Lebensgrundlagen bei uns wie weltweit, für heute wie für die kommenden Generationen ist. Je weniger Markt in einzelnen Staaten und Wirtschaftssystemen angewandt wird, um so weniger können Probleme gelöst werden und um so inhumaner sind die Lebensbedingungen. Planwirtschaft

und staatliche Gestaltung des Strukturwandels führen überall zu negativen Ergebnissen, wie in Ost wie West zu sehen ist.

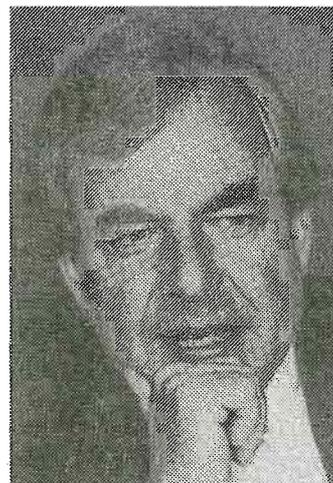
Neue Phase der Sozialen Marktwirtschaft

Die neuen Herausforderungen für unsere Gesellschaft bedeuten Chancen und Risiken gleichermaßen. Wir finden die angemessenen Antworten auf die zahlreichen neuen Fragen um so eher, je mehr wir sie als Aufforderung verstehen, eine neue Phase der Sozialen Marktwirtschaft in Gang zu setzen. Demographischer Wandel und die Verantwortung für unsere Umwelt, die Sorge für unsere Nachwelt und unsere weltweite Verantwortung müssen für uns Ansporn sein, nach effektiven Lösungen zu suchen, ohne daß dabei persönliche Freiheit und Eigenverantwortung auf der Strecke bleiben.

Heute geht es darum, diese Marktwirtschaft auszubauen, damit schneller und wirkungsvoller gehandelt werden kann. Während weltweit Markt und Wettbewerb neue Anhänger finden, der polnische Industrieminister Wilczek z.B. „Wohlstand statt Sozialismus“ propagiert, zeigen sich bei uns Pessimismus, Verkampfung und Unzufriedenheit. Dies müssen wir überwinden und klar auf die Soziale Marktwirtschaft als unbestreitbar erfolgreiches Programm setzen.

Wenn wir jetzt über die Fortsetzung des Strukturwandels

und die Ausgestaltung unserer Gesellschaft diskutieren, dann muß das unter dem Aspekt geschehen, wie sie mehr verwirklicht werden kann. Die Soziale Marktwirtschaft ist das umfassende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik in



Elmar Pieroth: Chancen eines großen Europäischen Marktes ohne Grenzen nutzen.

den notwendigen Zusammenhang stellt. Wenn Mängel auftauchen, dann bedeutet das, daß zu wenig Soziale Marktwirtschaft durchgesetzt wird und nicht, daß wir zu viel davon haben.

40 Jahre Bundesrepublik Deutschland sind ein Weg aus Not und Elend zu Demokratie mit der Freiheit des Bürgers und seinem Rechtsschutz und Wohlstand für alle. Bei 10 Billionen Vermögen der Bundesbürger insgesamt kann wohl mit Fug und Recht von Wohlstand für alle gesprochen werden, wenn es auch soziale Lücken nach wie vor gibt. Das aber sind nicht die, die mit dem Gegensatz von Kapital und Arbeit beschrieben werden können. Das war die

zentrale Auseinandersetzung des 19. Jahrhunderts. Heute im 20. Jahrhundert stehen wir vor anderen Herausforderungen.

Trotz der massiven Steigerung des staatlichen Sozialaufwandes sind existenzielle soziale Probleme ungelöst geblieben. Die Menschen sind ärmer geworden, was Mitmenschlichkeit und Zuwendung angeht. Wir brauchen ein neues Zusammendenken von Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik und müssen den Kampf aufnehmen mit dem Festhalten an alten Besitzständen. Wenn alle immer alles behalten wollen, haben alle auf Dauer immer weniger. Dies können wir uns weder angesichts der Not in der Bundesrepublik Deutschland noch in unserer weltweiten Verantwortung leisten.

Strukturwandel muß auch für die Sozialpolitik gelten

Die sozialpolitische Diskussion krankt daran, daß, wer mehr Geld ausgeben will, als sozial gilt, wer sich dem widersetzt, als unsozial. Das sind die falschen Alternativen. Wir müssen vielmehr das Geld für soziale Leistungen an den richtigen Stellen ausgeben, umschichten und umbauen. Der Strukturwandel, der mit Recht von der Wirtschaft vehement gefordert wird, muß auch für die Sozialpolitik gelten. Wir können nicht die alten Antworten auf neue Herausforderungen geben. Wir dürfen bei den hergebrachten sozialpolitischen Lösungen nicht stehenbleiben.

Statt den veränderten Gegebenheiten Rechnung zu tragen, befinden wir uns aber auf dem gegenteiligen Weg: Ansprüche an den Staat und damit an die Solidarität aller dehnen sich weiter aus. Wir müssen umdenken und Solidarität und Subsidiarität neu ins Verhältnis setzen. Weder die lediglich quanti-

tative Ausweitung des vorhandenen Sozialaufwandes an Personal, Mitteln und Einrichtungen, noch das große Einsparen bei unveränderten Leistungsstrukturen und Einrichtungen sind geeignete Wege, um die humanen und sozialen Probleme der Zukunft zu lösen.

Der **Grundsatz der Subsidiarität**, ein unverzichtbares Gestaltungsprinzip unserer Staats- und Gesellschaftsordnung, harret der Wiederentdeckung und der Umsetzung in die Überlegung, was dem Bürger in eigener Initiative an eigener Vorsorge überlassen werden kann, welche Aufgaben die jeweils kleinere Gemeinschaft übernehmen und die größere Gemeinschaft abgeben kann und welche Risiken dem einzelnen allein nicht zugemutet werden können.

Es ist an der Zeit, den Erfolgen der Sozialen Marktwirtschaft im Wirtschaftsbereich solche sozialen Fortschritte folgen zu lassen, die die neuen sozialen Probleme bei uns und weltweit angehen. Mit 30% des Bruttosozialproduktes hat die Soziallastquote für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber ihre Grenze erreicht. Durch einen Umbau des Sozialstaates kann sozialere Politik bei geringerem Wachstum und engeren finanziellen Spielräumen möglich werden, gewinnen wir Kapazitäten und Mittel für Engagement in der Welt.

Soziale Marktwirtschaft und mittelständisches Unternehmen bilden zwei Seiten einer Medaille. In dieser Wirtschaftsordnung werden die Interessen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern optimal zusammengeführt. Geht es den Arbeitnehmern gut, geht es auch ihren mittelständischen Betrieben gut und umgekehrt. Gerade in kleinen und mittleren Betrieben gibt es eine höhere Arbeitszufriedenheit und auch Arbeitsplatzsicherheit. Ein kleines Unternehmen bietet seinen Arbeitnehmern größere Chancen zu mehr Selbstverantwortung und Persönlichkeitsentfaltung. Die geringen Fehlzeiten und ein unterdurchschnittlicher Krankenstand in der mittelständischen Wirtschaft deuten darauf hin. Größere Arbeitsplatzsicherheit ergibt sich dadurch, daß mittelständische Betriebe auch in schwierigen Zeiten ihre Mitarbeiter halten.

Schon 1955 hob Ludwig Erhard hervor: „Wenn wir den Mittelstand nur vom Materialen her greifen, wenn man

Mittelstand sozusagen nur an der Steuertabelle ablesen kann, dann ist dem Mittelstandsbegriff meiner Ansicht nach eine sehr gefährliche Wendung gegeben. Der Mittelstand kann materiell in seiner Bedeutung nicht voll erfaßt werden...“ Je mehr Mittelstand, um so mehr verwirklicht sich Soziale Marktwirtschaft als effizientes und humanes Zusammenspiel zwischen Wirtschaftsverfassung und Gesellschaftsordnung.

Zum Element der Selbständigkeit

Unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung basiert auf dem im Mittelstand besonders ausgeprägten Wesenselement der Selbständigkeit. Ein starker Mittelstand bildet somit das Herzstück der Sozialen Marktwirtschaft. Der Wettbewerb unter den Selbständigen ist der Motor wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung. Gerade die Vielzahl mittelständischer Unternehmen gewährleistet das Funktionieren

dieses Wettbewerbs und die Stärke unserer Wirtschaft. Der Mittelstand leistet Herausragendes für die Gesellschaft.

Der Mittelstand erweist sich damit als der entscheidende Faktor für die Bereitstellung von Arbeitsplätzen, für die Vermittlung von Arbeitszufriedenheit und Wohlbefinden und für die Stabilisierung unserer freiheitlichen Demokratie.

Die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes bis Ende 1992 hat eine ähnlich große Dimension wie die mutige Entscheidung Ludwig Erhards für unsere Soziale Marktwirtschaft vor 40 Jahren. Entscheidend ist, daß wir diese historisch einmalige Chance eines großen europäischen Marktes ohne Grenzen auch tatsächlich voll nutzen. Nur mit Freisetzung von mehr Leistungsbereitschaft und schöpferischen Kräften wird es uns gelingen, die großen Herausforderungen der Zukunft positiv zu gestalten. Die Freisetzung dieser Kräfte ist außerdem

der entscheidende Ansatz für mehr Zufriedenheit und Glück.

Wir brauchen mehr Selbständigkeit. Selbständigkeit, das ist nicht nur die Selbständigkeit des Unternehmers, sondern sie gilt für die leitenden Angestellten ebenso wie für die Arbeitnehmer. **Selbständigkeit muß wieder zur Sozialen Norm werden.** Sie ist der faszinierendste Lebensentwurf. Nichts entspricht in gleicher Weise dem christlichen Menschenbild, der Förderung von Wohlstand und sozialer Sicherheit und der Herstellung von Rahmenbedingungen für mehr Zufriedenheit und Glück wie die Zunahme von Selbständigkeit. **Der ist sozial, der etwas erwirtschaftet, damit es etwas zu verteilen gibt, nicht der, der verteilt, was andere erwirtschaftet haben.** Oberste Maxime der Politik muß daher sein: Alles für den Bürger, damit er selbst sein Bestes leisten kann.

Ann.: Elmar Pieroth MdB, ist Bundesvorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU.

Ost und West – herausgefordert zu mehr Gerechtigkeit in der Weltwirtschaft

Zur Gerechtigkeit im Nord-Süd-Verhältnis ist vom Facharbeitskreis Ökumenische Diakonie des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für kirchlichen Entwicklungsdienst gemeinsam ein **Diskussionsbeitrag** erarbeitet worden. Diese Ausarbeitung fällt aus dem Rahmen bisheriger kirchlicher Verlautbarungen, denn sie will einen weiterführenden Dialog anregen und versteht sich keineswegs als dessen Abschluß. Sie versucht, an die Stelle eines bloßen Systemvergleichs ein aufgabenorientiertes Gespräch zu setzen.

In diesem Dialog werden die jeweiligen Wirtschaftsordnungen nicht nur auf Defizite, sondern besonders auf das hin angesprochen, was sie von ihrem Selbstverständnis her an positiven Möglichkeiten einbringen können. Angesichts der Bedeutung der großen Zukunftsfragen der Menschheit versuchen die genannten kirchlichen Beratungsgremien, aus den Blockaden, die sich aus der Systemkonkurrenz ergeben, herauszuführen. Sie wollen Impulse für eine Öffnung auf weltwirtschaftliche Aufgaben

hin geben, können aber nicht am Reißbrett neue Ordnungen entwerfen. Neu wahrgenommene Aufgaben verändern freilich auch die Ordnungen.

Aus dem **1. Kapitel** stellen wir den Abschnitt **„Zur Standortbestimmung der Kirchen im sozialetischen Gespräch über Gerechtigkeit“** vor, wo es um Ökonomie und Ethik geht.

Der Autonomieanspruch der Wirtschaft in der Neuzeit führte zum Auseinanderdriften von Ökonomie und Ethik. Die Steigerung von Produktivität, Rationalität, Effektivität und Rentabilität wurde damit zum eigenständigen Kriterium des Fortschritts. Im Ergebnis gewinnt ökonomische „Sachgerechtigkeit“ Vorrang gegenüber „Menschengerechtigkeit“.

Das Interesse an Produktivität, Rationalität, Effektivität und Rentabilität ist der Markt- und der Planwirtschaft gemeinsam.

In der gegenwärtigen Praxis sowohl des real existierenden Sozialismus wie auch der westlichen Wirtschaftssysteme ist eine Politik, die vorrangig auf die Steigerung von Produktivität, Effektivität und Rentabilität fixiert bleibt,

den sozialen und ökologischen Herausforderungen nicht gewachsen. Das gilt auch für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Zugespielt formuliert: Es dominiert ein pragmatischer Ökonomismus über den von der sozialistischen Gesellschaftstheorie erstrebten Humanismus bzw. über das von der Theorie der Sozialen Marktwirtschaft in Aussicht gestellte Gemeinwohl. Vor allem die ungerechten Strukturen im Nord-Süd-Verhältnis stellen Ost und West vor die Frage nach Anspruch und Wirklichkeit ihrer Wirtschaftssysteme.

Die Kirchen sollten es als ihren Auftrag ansehen, darauf hinzuwirken, daß Ökonomie und Ethik einander neu zugeordnet werden. Sie werden darum an sich selbst und an die Verantwortlichen in Ost und West die Frage stellen, welche Prioritäten im Kontext sozialer, ökonomischer und ökologischer Herausforderungen zu befolgen sind bzw. wie die Wirtschaftssysteme wieder so an den sinngebenden Werten und eigentlichen Lebensinteressen und Bedürfnissen der Menschen orientiert werden können, daß die Herstellung von mehr Gerechtigkeit nicht einfach der Mehrproduktion von Waren überlassen bleibt...

Menschenrechte – Armutsbekämpfung – Umweltschutz

Zur Vorstellung des Beschlusses des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik der CDU „Menschenrechte – Armutsbekämpfung – Umweltschutz. Zwölf Thesen der CDU zur Entwicklungszusammenarbeit der 90er Jahre“ erklärt der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik, Werner Schreiber MdB:

Aufbauend auf dem vom christlichen Menschenbild und der Verantwortung für die Schöpfung ausgehenden Grundsätzen und Zielen der CDU hat der Bundesfachausschuss Entwicklungspolitik zwölf Forderungen und Thesen für die Entwicklungszusammenarbeit der 90er Jahre erarbeitet.

1. Entwicklungszusammenarbeit muß verstärkt die Demokratie in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas fördern.
2. Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit muß die Maßnahmen zur Bekämpfung der Massenarmut verstärken. Dabei soll die Armutsbekämpfung durch Hilfe zur Selbsthilfe besondere Unterstützung finden.
3. Die Entwicklungschancen einer Vielzahl von Ländern hängen davon ab, ob es ihnen gelingt, das Bevölkerungswachstum zu verringern.
4. Frauen spielen eine zentrale Rolle im Entwicklungsprozeß. Ihre politische, rechtliche und soziale Stellung in den Gesellschaften der Dritten Welt muß gestärkt und durch Frauenförderungsmaßnahmen wirksam verbessert werden.
5. Entwicklungspolitische Zusammenarbeit bedeutet nicht nur Transfer von Wissen und

Finanzmitteln, sondern auch kulturellen Dialog zur beiderseitigen Bereicherung. Kultur ist die kreative Stütze des Entwicklungsprozesses.

6. Die Bewahrung der Schöpfung muß einen zentralen Stellenwert in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit erhalten.
7. Die internationale Schuldenstrategie muß weiterentwickelt werden. Sie muß insbesondere zu einer nachhaltigen Verminderung der Schuldenlast führen, ohne die viele Länder der Dritten Welt keine Chancen zur Entwicklung haben.
8. Zur Finanzierung des größer gewordenen Mittelbedarfs vieler Länder sind das Volumen der öffentlichen Entwicklungshilfe nachhaltig zu erhöhen und die Lasten der Entwicklungsfinanzierung gerechter zu verteilen.
9. Wir brauchen eine effizientere Flüchtlings- und Katastrophenhilfe.
10. Die neuen entwicklungspolitischen Herausforderungen machen neue Formen der Zusammenarbeit notwendig.
11. Eine wirksamere Entwicklungszusammenarbeit und ihre bessere Koordinierung verlangen eine stärkere Präsenz vor Ort.
12. Globale Herausforderungen sowie die Unterstützung von nationalen Strukturanpassungen können sachgerecht nur durch eine verbesserte Koordination und Organisation der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit geleistet werden. ■

Protestantische Profile Eberhard Diepgen

Für die heutige Ausgabe haben wir den Landesvorsitzenden der CDU-Berlin, Eberhard Diepgen, um sein Wort gebeten. Er schildert u. a. seine Eindrücke vom Evangelischen Kirchentag in Berlin.

Beim letzten Kirchentag in Berlin saß ich mit einem ungarischen Diplomaten auf einem Podium zur Diskussion. Vor 2000 Menschen sagte er: „Das gemeinsame Haus Europa darf nicht einen Flügel aus Marmor und einen aus Lehm haben.“ Kein Christ hätte das besser formulieren können.

Ich kann mit dem Begriff des christlichen Menschenbildes konkret nicht viel anfangen. Hatte der barmherzige Samariter, der kein Christ war, kein christliches Menschenbild? Wohl kaum. Aber wo im Geiste der Nächstenliebe und der Verantwortung vor Gott und der Schöpfung gehandelt wird, das spürt jeder. Bleiben wir noch einen Moment bei Ungarn. Ist die Öffnung der Grenzen nach Österreich nicht ein solcher Fall? Und hat die Neubewertung auch der deutschen Frage durch die neue polnische Regierung nicht auch damit zu tun, daß hier Christen am Werk sind, die wissen, was Versöhnung und Gerechtigkeit heißt?

Unser gesellschaftliches Klima ist insgesamt ruppiger geworden. Aber die Medienwirklichkeit ist nicht die Lebenswirklichkeit. Ich weiß von so vielen kleinen und großen Initiativen in Berlin, die sich gerne und ohne viele Worte im christlichen Sinne für Nachbarn, Kinder, Übersiedler, alte und kranke Menschen einsetzen. Eine finanzielle Förderung von Selbsthilfegruppen schafft dafür allein nicht die erforderliche Motivation, sondern oft ist es die Botschaft der Bergpredigt.

Auf dem Bremer Parteitag war so oft wie seit langem nicht mehr davon die Rede, daß die CDU Deutschlands sich wieder auf das „C“ im Namen besinnen müsse. Ich stimme dem zu. Aber nicht vornehmlich in Reden, sondern im Handeln. Ein menschliches Vorbild zählt hundertmal so viel wie 100 Reden oder 1000 Seiten.

Ein Beispiel: Unser guter Umweltantrag „Bewahrung der Schöpfung“ ist in der unmittel-

baren Berichterstattung über den Parteitag karikiert worden durch die Parteitags-Verpflegung mit Essen in Wegwerf-Packungen aus Plastik. Das war vermeidbar. Auf dem Kirchentag z. B. wurden 100 000 Menschen aus Tassen und Tellern aus Steingut verpflegt.



Eberhard Diepgen: Das Eingestehen und Korrigieren von Fehlern gehört dazu.

Viele, gerade jüngere Menschen haben Schwierigkeiten, sich als Christ zu bekennen. Aber sie sind beeindruckt, wenn sich jemand vor ihnen offen so bekennt und vor allem so handelt. Ich bin, um Mißverständnissen gleich vorzubeugen, gegen das Herausstellen des „C“ als Werbetrick zum Abbau von Parteiverdrossenheit. Damit spielt man nicht. Aber wenn wir alle zusammen in der Union das

pragmatische Ergebnis unserer Politik wertorientiert begründen, wenn wir uns auf unsere Grundlagen berufen, dann tun wir etwas für uns selbst als Personen und für die Überzeugungskraft unserer Argumente. Dazu gehört übrigens auch, nicht immer so zu tun, als wüßten wir schon alles. Dazu gehört auch das Eingestehen und Korrigieren von Fehlern. Der gerechte Gott ist auch der barmherzige und vergebende Gott.

Ich kann nicht in jeder Minute und schon gar nicht vor jedem Mikrofon sagen, daß ich Christ bin und als solcher handle. Fragen führen oft weiter als die laute Besserwisseri. Aber ich lebe und arbeite in der Zuversicht, daß unser Leben und unsere Zeit in Gottes Händen und dort gut aufgehoben sind. Gerade jetzt gibt es in West und Ost Zeichen dieses Wirkens.

Dietrich Bonhoeffer hat im Gestapo-Keller geschrieben, und das gibt auch mir immer wieder Kraft: „Von guten Mächten wunderbar geborgen, erwarten wir getrost, was kommen mag. Gott ist mit uns am Abend und am Morgen und ganz gewiß an jedem neuen Tag.“

Christliches Verständnis von Mensch und Schöpfung

Bremen. Auf dem 37. Bundesparteitag der CDU gingen sowohl Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl als auch der scheidende Generalsekretär Dr. Heiner Geißler auf das „C“ im Namen der Partei ein. Wir geben die entsprechenden Passagen wieder.

Helmut Kohl: Das „C“ im Namen unserer Partei drückt aus, was uns verbindet. Wir haben vor allem einen zuverlässigen Kompaß: das ist unser christliches Verständnis von Mensch und Schöpfung. Es nimmt uns in einer besonderen Weise in die Pflicht.

In vielen Diskussionen – nicht zuletzt mit jungen Leuten – werde ich immer wieder gefragt: Ist eigentlich dieses „C“ noch zeitgemäß? Ich gebe hier meine ganz persönliche Antwort: Ich gehöre jetzt der Union seit über vier Jahrzehnten an. Wenn ich die Aufgaben sehe, die vor uns liegen, dann bin ich heute mehr denn je davon überzeugt, daß das „C“ in den 90er Jahren noch wichtiger sein wird als in den frühen 50er Jahren, nach Gründung unserer Bundesrepublik Deutschland. Die Antworten müssen heutzutage – bis hinein in die 90er Jahre – vielleicht in einer anderen Form gegeben werden. Aber das ändert nichts am Inhalt. Das „C“ im Namen unserer Partei drückt aus, was uns verbindet. Es beschreibt das sittliche Fundament, auf dem Menschen unterschiedlicher Herkunft und aus den verschiedensten Berufen in unserer Volkspartei CDU zusammenfinden. Konservative ebenso wie liberale und christlich-sozial engagierte Menschen treffen sich hier in einer gemeinsamen Überzeugung. Erst dieses Zusammenwirken prägt das unverwechselbare Profil unserer Partei.

Deswegen darf es nie dazu kommen, daß eine der großen Strömungen in unserer Partei keine Heimat mehr hat. Alle sind gleichberechtigt: die christlich-sozial und die liberal-freiheitlich Denkenden und die Konservativen. Das ist die große Idee unserer CDU seit über 40 Jahren, und das muß so bleiben.

Auf dem Weg zu einer Gesellschaft des menschlichen Miteinanders ist heute mehr denn je das christliche Menschenbild ein unverzichtbarer Wegweiser.

Aus unserem Verständnis von Mensch und Schöpfung kommt auch unser Engagement für die Umwelt. Im christlichen Menschenbild wurzeln auch die Ideale, die Europa geistig vereinen – von den Klöstern und Kapellen Irlands bis hin zu den Kirchen und Kathedralen von Warschau, von Prag und von Kiew.

Heiner Geißler: Mitte der 50er Jahre versuchte ich als damaliger Vorsitzender der Jungen Union von Württemberg-Hohenzollern eine Reihe von Ortsverbänden der Jungen Union im Kreis Rottweil zu gründen. Das war nicht ganz einfach. Einzelne Ortsverbände mußten mehrfach gegründet werden.



Der EAK-Stand in Bremen

Foto: Georg J. Lopata

Eines Tages kam der Dekanatsjugendführer der Katholischen Jugend des Kreises Rottweil zu mir und sagte: „Morgen werden Sie in der Zeitung etwas lesen, was Ihnen gefällt.“ Als ich am anderen Tag den „Schwarzwälder Boten“ aufschlug, war auf der ersten Lokalseite ein Aufruf zu lesen, in dem sinngemäß stand: „Nach den schrecklichen Erfahrungen einer gottlosen Diktatur geht es heute darum, ein neues christliches Deutschland aufzubauen. Ich fordere alle Mitglieder des Bundes der Katholischen Jugend auf, in die Junge Union einzutreten und dort mitzuarbeiten. Unterschrift: Erwin Teufel, Dekanatsjugendführer.“ Von da ab ging es dort mit der Jungen Union aufwärts.

Über 30 Jahre ist dies her; so etwas wäre heute nicht mehr

möglich, viele Gründe fallen einem ein: Wertepluralismus, Rückgang der kirchlichen Bindungen, innerkirchliche Veränderungen nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil usw. Aber es kann uns nicht gleichgültig lassen, daß unsere politische Verankerung im kirchlichen Raum immer weiter nachläßt.

Manchmal habe ich den Eindruck, daß dort an uns nur noch wenig Interesse besteht. Sind wir vielleicht nicht offen und interessiert genug an Diskussionen? Sprechen wir die richtige Sprache, und können Christen den Eindruck haben, daß wir in unserem persönlichen Verhalten dem ethischen Anspruch des „C“ immer genügen?

Daß sich die CDU schwer tut mit ihrem „C“, aber daß sie es sich umgekehrt auch mit ihrem

als die Vertreter anderer Parteien.

Das werden wir dann erreichen, wenn wir alle mehr über die Freude am Kind und unsere Hilfen für die Mutter und weniger über die Strafe bei der Abtreibung reden. Und laßt uns nicht nur über unsere Exportchancen in der Dritten Welt, sondern genauso laut und deutlich über unsere Pflichten gegenüber den Menschen angesichts von Hunger und Armut reden.

In der Tat machen wir es uns manchmal zu leicht mit dem „C“, d.h. mit der Nächstenliebe. die ja heute umgesetzt in Politik nicht mehr warme Suppen und Lazarette bedeutet, sondern zum Beispiel Toleranz und Mitmenschlichkeit gegenüber Ausländern, entschlossene Hilfe für Polen, aber auch für die Länder der Dritten Welt, energisches Eintreten für die Menschenrechte überall auf der Welt. Da machen wir es uns manchmal zu leicht. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn wir zunehmend in die schiefe Schlachtordnung Kopf gegen Herz geraten. Wir müssen dafür sorgen, daß sich mit uns und unserem Namen und unserer Politik auch Wärme, Herzlichkeit, Verständnis und Liebe zum Nächsten verbinden.

Ich habe unsere Diskussion auf dem Wiesbadener Parteitag über den Schutz des ungeborenen Kindes noch einmal nachgelesen, und ich kann dies eigentlich jedem auch empfehlen. Diese Diskussion ist ein Musterbeispiel dafür, wie eine große Volkspartei um ihre Grundsätze und Ziele ringt. Das war eine eindrucksvolle Diskussion, die uns bisher keine andere Partei, keine andere Organisation nachgemacht hat.

Das „C“ ist auch in einer weitgehend säkularisierten Welt das, was es von Anfang an war: Provokation und Ärgernis. Es ist unbequem, Herausforderung, Stein des Anstoßes. Aber es ist, wie schon immer, gleichzeitig auch ein Signal der Hoffnung in einer angsterfüllten Zeit, Maßstab in einer Zeit scheinbar grenzenloser Freiheit und menschliches Gegengewicht zu einer entfesselten Technik und Wissenschaft.

Denn eigentlich müßte es doch so sein, und das wünsche ich mir für die CDU, daß auf evangelischen und katholischen Kirchentagen Christliche Demokraten wieder mehr Zustimmung erfahren, ja sogar mehr Beifall erhalten

Längst überfällige Veränderungen wurden verweigert

Berlin. Die Leitung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR hat im Rahmen eines Briefes an die Kirchengemeinden einen von ihr an Erich Honecker gerichteten Brief mitgeteilt. Der folgende Text ist in Ost-Berlin veröffentlicht worden:

Liebe Schwestern und Brüder!

Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen hat sich auf ihrer Tagung am 2. September 1989 mit einem Schreiben an den Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik gewandt. Im folgenden geben wir den Wortlaut bekannt:

Beunruhigt und betroffen sieht die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, daß die Zahl derer, die einen Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR stellen, nicht abnimmt, daß Bürger auf dem Weg über die ungarisch-österreichische Grenze die DDR verlassen und daß einzelne ihre Ausreise mit anderen Aktionen zu erzwingen suchen.

Die Konferenz ist im Blick auf diese Situation ratlos. Auch die von der Konferenz erbetenen Reiseerleichterungen haben in ihrem bisherigen Umfang nicht dazu geführt, die Zahl der Ausreiseanträge zu vermindern.

Die Konferenz kann keine kurzfristige Lösung für diese Probleme anbieten. Sie sieht die wesentliche Ursache für Ausreiseanträge darin, daß von den Bürgern erwartete und längst überfällige Veränderungen in der Gesellschaft verweigert werden. Sie hält es für unabdingbar und dringlich, in unserem Land einen Prozeß in Gang zu setzen, der die mündige Beteiligung der Bürger an der Gestaltung unseres gesellschaftlichen Lebens und eine produktive Diskussion der anstehenden Aufgaben in der Öffentlichkeit sichert und Vertrauen zur Arbeit der staatlichen Organe ermöglicht.

Wir bitten deshalb erneut und dringlich darum,

- offene und wirklichkeitsnahe Diskussionen über die Ursachen von Unzufriedenheit und Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft zu führen und sie nicht sogleich durch stereotype Belehrungen oder sogar Drohungen abzuweisen;
- kritische Einwände der Bürger aufzunehmen und so zu be-

Resignation in der DDR

Dr. Jürgen Warnke, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit gab nach dem Besuch der Synode des Bundes der evangelischen Christen in Eisenach dem Deutschlandfunk ein Interview, das wir in wesentlichen Teilen wiedergeben.

Frage: ... Sie werden den Brief aus der CDU der DDR mit großem Interesse zur Kenntnis genommen haben.

Antwort: ... Die CDU hat dort natürlich die große Hemmung, daß sie in ein Verfassungskorsett eingebunden ist, das den Führungsanspruch der SED bekräftigt. Die Verfasser des Briefes haben selbst die CDU als eine kleinere, der führenden Kraft im demokratischen Block, also der SED, nachgeordnete Partei bezeichnet und damit die gegenwärtige, nicht nur politische, sondern auch Rechts-Lage dargestellt.

Frage: Als solche war sie ja eigentlich auch kein sehr geeigneter Gesprächspartner bislang für die Union in der Bundesrepublik. Da ist man doch nun in Zukunft irgendwo in der Verpflichtung.

Antwort: Diese Entwicklung wird sicher sehr aufmerksam verfolgt werden, insbesondere von der CDU in der Bundesrepublik. Sie setzen natürlich voraus, daß sie auch eine tatsächliche Bewegungs- und Manövriermasse in Gang setzen können und daß es wichtig sein wird, sich eben nicht nur als Zuarbeiter zur SED selbst zu empfinden und kraft zwingenden Verfassungsrechts auch dazu verpflichtet zu sein.

Frage: Es gab ja auch Kritik an der Bundesregierung. Wie haben Sie darauf reagiert?

Antwort: Es gab tiefe Betroffenheit über die Konsequenzen der massiven Übersiedlungen. Ich nehme mal das Grußwort des katholischen Erfurter Bischofs, der gesagt hat, das Wohl der Patienten im Erfurter Krankenhaus kann man eben nicht in Bayern im Auge haben. Und die Ärzte und Krankenpflegepersonal stellen nur ein besonders hervor-

rücksichtigen, daß sie in erkennbaren Veränderungen wirksam werden, die allen zugute kommen;

- auf zutreffende Informationen in allen Bereichen von Politik und Wirtschaft und auf eine realistische Berichterstattung in unseren Medien hinzuwirken;

ragendes Beispiel dafür dar, wie es durch die Übersiedlung nun in der DDR zu tiefen Einbrüchen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich kommt. Dafür ist die Unbeweglichkeit der Parteiführung



verantwortlich gemacht worden und gleichzeitig die Sorge geäußert worden, daß hier bei uns in der Bundesrepublik Deutschland regelrecht Abwerbung getrieben werden könnte. Ich konnte dem entgegen, daß die Bundesregierung und, so weit ich weiß, alle im Parlament vertretenen Parteien eine ganz klare Linie haben, nämlich unsere Landsleute in der DDR zu ermutigen, an ihrem Platze das zu tun, was notwendig ist, wofür sie gebraucht werden.

Jeder, der zu uns kommt, ist willkommen, daran wird sich nichts ändern. Aber ich glaube, wir müssen in Zukunft noch deutlicher unsere hohe Achtung zum Ausdruck bringen vor einer Bevölkerung in der DDR, die bisher unter schwersten Umständen der DDR Spitzenstellung im Ostblock verschafft hat, und die nun aus der Verantwortung drüben bleibt und damit allein der Träger sein kann für die notwendigen Reformen.

ten, die nicht im Widerspruch zu dem stehen, was der Bürger Tag für Tag selbst sieht und erlebt;

- darauf hinzuwirken, daß alle Behörden jeden Bürger als mitverantwortlichen Partner respektieren und ihn nicht als Untergebenen bevormunden;

- für alle Bürger, unabhängig von verwandtschaftlichen Beziehungen, Reisemöglichkeiten in andere Länder zu eröffnen;

- allen ehemaligen DDR-Bürgern, die in ein anderes Land übersiedelt sind, die Rückkehr offiziell zu ermöglichen.

Die Konferenz ist sich dessen bewußt, daß die Lösung der gegenwärtigen Probleme ein langwieriger Prozeß sein wird. In diesem Prozeß wird auch die Verhandlungs- und Veränderungsbereitschaft anderer Staaten, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, wichtig. Damit der Abbau der gegenwärtigen Spannungen und des einseitig wirkenden Wirtschaftsgefälles möglich wird, sind Umdenken und neue Konzeptionen erforderlich.

Die Konferenz sieht ihre Aufgabe vordringlich darin, mit den Gemeinden zu bedenken, was es für uns als Kirche bedeutet, daß Menschen bei uns nicht bleiben wollen ...

Für das Gespräch in unseren Kirchen und für das Nachdenken jedes einzelnen wiederholt die Konferenz, was sie bereits mehrfach ausgesprochen hat:

Wir bitten, „in der Gemeinschaft zu bleiben und die DDR nicht zu verlassen. Unsere Gesellschaft braucht jeden Menschen mit seinen Gaben und Fähigkeiten. Sie verliert Vielfalt, und unser Land wird ärmer, wenn Menschen sich zurückziehen und ausreisen. Jeder, der geht, läßt andere einsamer zurück. ...

Die Kirche sieht ihre Aufgabe darin, zu Verhältnissen in der Gesellschaft beizutragen, unter denen Menschen gerne leben können und Anträge auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft nicht mehr stellen wollen.“

Manche der Ausreisewilligen müssen wir fragen, an welchen Maßstäbe sie ihre Lebensumstände und Lebenserwartungen messen. Wir warnen vor der Illusion, daß höherer wirtschaftlicher Wohlstand schon Lebenserfüllung bringt.

Angesichts der bereits gerissenen unübersehbaren Lücken im Gesundheitswesen, in der Wirtschaft und in anderen Bereichen müssen wir daran erinnern, daß jeder Mensch nicht nur Verantwortung trägt für die Gestaltung seines eigenen Lebens, sondern Mitverantwortung hat für die Gemeinschaft, in die er hineingestellt wurde.

Es grüßt Sie im Namen der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen Ihr (gez.) Dr. Leich, Landesbischof. **aus: epd.**

Kurz notiert

Zur Lage der Evangelischen Kirche in der DDR

Man muß sehen, daß die Lage der Evangelischen Kirche in der DDR durch eine ungewöhnliche komplexe Situation und gegenläufige Tendenzen gekennzeichnet ist.

Auf der einen Seite bietet sie, ihrem Auftrag entsprechend, jenen Gruppen einen Freiraum, die sich gegen das DDR-Regime wegen dessen Verletzung von Menschenrechten wenden; denn wo Evangelium verkündet wird, ist Freiheit. Und die Kirche erhebt dort ihre Stimme, wo offensichtlich mit Menschen Schindluder getrieben wird; zum Beispiel mit ihrem Protest gegen die Wahlfälschungen. Selbstverständlich fordert sie, die Reisebeschränkungen in die Bundesrepublik aufzuheben.

Auf der anderen Seite mahnt sie die Menschen, in der DDR zu bleiben. Die Gründe sind legitim: wo bleibt die Versorgung der Alten und Kranken, wenn Ärzte und Pflegekräfte weggehen? Werden nicht gerade die reformbereiten Kräfte durch die große Zahl der Übersiedler geschwächt?

Auf der einen Seite wendet die Kirche sich mahnend an die Machthaber, endlich die unabwiesbaren Reformen durchzuführen. Auf der anderen Seite wird ihr jedes Sachgespräch verweigert, obwohl sie immer wieder deutlich zu machen versucht, daß sie ihre Verantwortung für diesen Staat wahrnehmen möchte, in dem die Menschen, ihre Mitglieder, leben.

Angesichts dieser Lage sollten wir in der Bundesrepublik mit Ratschlägen an die Kirche in der DDR sehr vorsichtig und zurückhaltend sein. Aber mit aller Entschiedenheit weisen wir den Vorwurf zurück, der von einigen Repräsentanten der Evangelischen Kirche in der DDR erhoben wurde, daß die Bundesrepublik Menschen aus der DDR abwerbe! Es liegt im Wesen der Dinge, daß die Freiheit attraktiver ist als die Unfreiheit, und es ist ein Wesenszug des Menschen, daß er auf Dauer sich für die Freiheit entscheidet. Das soll so bleiben, und darum hat jeder Bürger der DDR, der zu uns kommt, in der Bundesrepublik Heimatrecht!

Es ist aber in den letzten Monaten auch – und erneut – deutlich geworden, daß Kirche sich mit dem totalitären Staat nicht arrangieren kann. Wo der Staat den totalen Anspruch auf den Menschen erhebt, kann er keine Freiheit gewähren, auch nicht für die Kirche, so loyal auch Christen sich der staatlichen Ordnung gegenüber verhalten. Es ist daher interessant, daß neuerdings die Formel von der „Kirche im Sozialismus“ in der Kirche selbst, weil mißverständlich, infrage gestellt wird.

Deutlich ist aber auch erneut geworden, wie wichtig auch für die Kirche die freiheitliche Ordnung der Bundesrepublik ist!

Albrecht Martin MdL
Staatsminister
Bundesvorsitzender des EAK

Ost-CDU im Dilemma

Dem „einzigen sozialistischen Staat auf deutschem Boden“, der DDR, laufen seine Bürger in Scharen davon. Während in anderen Staaten des sozialistischen Blocks Demokratisierungsübungen bereits in politische Praxis umschlagen, unterdrückt die DDR (das heißt die SED) ihre 40 Jahre lang proklamierte Maxime „Von der Sowjetunion lernen, heißt Siegen lernen“. Von Fraktionsbildung in der SED, von einem mitteldeutschen Jelzin, ist keine Rede. Stattdessen behauptet die SED, in „ihrem“ Staat bestehe seit langem ein „Mehrparteiensystem“ und sie habe keinen „demokratischen“ Nachholbedarf. Die Führungen ihrer Blockparteien beeilen sich, das immer wieder zu bestätigen. Wie gehabt!

Langsam aber kommen selbst den linientreuesten unter den Vorständen dieser antifaschistisch-demokratischen Blockparteien Bedenken, wie lange noch ihr ständig braves Kopfnicken von der eigenen Parteibasis widerspruchslos und ergeben hingenommen wird. Die Bilder einer steten „Wallfahrt zur Freiheit“, wie sie bei der Massenflucht über die ungarisch-österreichische Grenze zu sehen waren, bleiben nicht ohne nachhaltigen Eindruck auf die Menschen in Mitteldeutschland. Dazu erleben sie, daß erstmalig

nach dem 2. Weltkrieg ein nichtkommunistischer Regierungschef in Polen, in einem Staat des Warschauer Vertrages, durch ein überwiegend nichtkommunistisches Parlament bestätigt wird.

In der DDR werden zunehmend kritische Stimmen laut, wenn man von der Massenabstimmung gegen das Regime durch die Flüchtenden und Ausreisewilligen absieht. Diese Stimmen hört man vor allem in den Reihen der evangelischen Kirchen. Die Partei aber, die vorgibt, besonders für die Christen in der DDR da zu sein, hüllt sich in beredtes Schweigen. Es fragen sich immer mehr Menschen in Mitteldeutschland, besonders in den eigenen Reihen, wie lange noch die Ost-CDU-Führung in gehorsamer „Block-Treue“ den Kopf in den Sand steckt, um das, was die Menschen aufwühlt, totzuschweigen. Gerald Götting, der seit 40 Jahren die Partei im Griff hat, kann sich keine Illusionen machen, was seine Parteifreunde an der Basis von seiner Führung erwarten. Hatte er ihnen doch immer wieder versichert, daß trotz aller Beteuerung zum Sozialismus die Ost-CDU da sein müsse, wenn es gilt, den Blick über kurzfristige Planwirtschaft hinaus in eine weitere Perspektive zu richten. – Nun, dieser Zeitpunkt scheint gekommen. Mit dem Sozialismus geht's von Tag zu Tag mehr bergab. In der Sowjetunion, von der man so fleißig lernen wollte, steht Ludwig Erhard mit seiner Sozialen Marktwirtschaft bereits höher im Kurs als Karl Marx. Wenn das mit letzter Widerstandskraft Erich Honecker auch nicht wahrhaben will, Gerald Götting, der doch erst richtig zu denken beginnen wollte, wenn die Marxisten mit ihrem Latein am Ende wären, sollte es eigentlich begreifen. Doch bisher haben weder die Ost-CDU-Führung noch die Liberaldemokraten in der DDR auch nur den allerbescheidensten Versuch gemacht, aus ihrer Nische hervorzulugen.

Es gibt keinen Zweifel, daß die Mitglieder der nichtkommunistischen Parteien der DDR, allen voran die der Ost-CDU, die Politik der SED nicht unterstützen, sondern nur ertragen. Die Basis der Ost-CDU erhofft sich Handeln seiner Führung – einer Führung, die über den Sozialismus „hinaus“ zu führen vorgab. Armer Gerald Götting! Welchen Schock muß es bereiten, wenn jahrzehntelanges, unterdrücktes Wunschdenken wider Erwarten zur Realität zu werden droht?

G. Rummler

Neuer Ratgeber erschienen

Kommission „Innerdeutsche Städtepartnerschaften“ der Bundes-KPV: „Innerdeutsche Städtepartnerschaften“. Bonn 1989.

Zu beziehen für DM 3,- bei der Kommunalpolitischen Vereinigung, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1, Tel.: 02 28/544-296

Jugendministerium startet bundesweite Telefonberatungsaktion zum Ortstarif für junge DDR-Übersiedler

Den jungen Übersiedler und ihren Familien werden überall im Bundesgebiet durch Beratung und Betreuung der vom Jugendministerium geförderten 200 Jugendgemeinschaftswerke, der Otto-Benecke-Stiftung und der Verbände der freien Wohlfahrtspflege geholfen, ihre am Anfang besonders großen Probleme des Neuanfangs in der Schule, bei der Ausbildung, bei Behördenkontakten, beim beruflichen Einstieg, bei den Fragen der finanziellen Förderung und Unterbringung, zu bewältigen. Um ganz schnell zu handeln, den jungen Mitbürgern und ihren Familien möglichst konkrete Ratschläge so aktuell wie möglich geben zu können, ist – finanziert vom Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, und auf dessen Initiative – ab 15. September 1989 ein Telefondienst der Betreuungsverbände im Hause der Otto-Benecke-Stiftung in Bonn eingerichtet worden. Alle Übersiedler, die Fragen haben, können nunmehr in den kommenden Wochen an jedem Wochentag von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr zum Ortstarif Auskunft erhalten, und zwar über die Telefon-Nummer: 01 30 42 66. „Bitte rufen Sie an. Teilen Sie Ihre Sorgen mit. Es wird Ihnen dann geraten, welche nächsten Schritte Sie gehen sollten, und an welche Stellen Sie sich an Ihrem neuen Wohnsitz zu Ihrer weiteren Information wenden können“, erklärte Bundesministerin Ursula Lehr heute in Bonn.

Neues vom Büchermarkt

Dr. Otto Schnübbe: Christen in der Politik – Das Liebesgebot der Bergpredigt und das Gewaltmonopol des Staates, Quell Verlag, Stuttgart 1989

Wer heute als evangelischer Christ politische Verantwortung in unserem Staat trägt, wer ihm als Polizeibeamter oder Soldat dient, der ist vielfachen Fragen ausgesetzt, Fragen seiner Umgebung, die nach der sittlichen Grundlage des Handelns sich erkundigen; vor allem aber ist er ausgesetzt den Fragen, die er sich selbst stellt: ob er nämlich in seinem Handeln dem Evangelium treu bleibe.

Solchen Fragen hat sich der frühere Landessuperintendent Dr. Otto Schnübbe ausgesetzt und in ungezählten Vorträgen nach Antworten gesucht, deren Ertrag er in einem Büchlein „Christen in der Politik – Das Liebesgebot der Bergpredigt und das Gewaltmonopol des Staates“ vorlegt.

Man merkt der Arbeit an, daß hier nicht vom Katheder herunter theologisiert wird, sondern daß das Ringen der Politiker, der Soldaten und Polizeibeamten um ihren Platz in ihrer Kirche ernstgenommen wird. Der Weg zu Antworten ist für Schnübbe ganz selbstverständlich: er lehrt die Bibel wieder lesen! Er tut es in einer herzerfrischenden, fröhlichen Sprache, die eine große Gelehrsamkeit ahnen läßt. Hier wird die Lehre von den Zwei Reichen in einer Weise entfaltet, die keinen Raum läßt für den Rückzug aus der Welt, sondern zu verantwortlichem Handeln ruft. Wie hier Bergpredigt und Römer 13 etwa aus dem Zusammenhang der Botschaft neu gesehen werden, das ist wahrhaft hilfreich. „Knapp und in befreiender Prägnanz bringt er Elemente evangelischer Verantwortung ins Spiel. Nie wirken sie überflüssig oder weit hergeholt“, urteilt Bischof Hans Gernot Jung in seinem Geleitwort.

Wer also Antworten auf eigenes Fragen sucht, wer sich auf Diskussionen über das Verhältnis des Christen zum politischen Bereich vorbereiten will, wer wieder Mut gewinnen möchte, ganz schlicht und doch in Anbetracht unserer komplexen Verhältnisse die Bibel zu lesen, der greife nach dem Buch von Otto Schnübbe! **Albrecht Martin**

Hermann Boventer: Pressefreiheit ist nicht grenzenlos. Bouvier-Verlag Bonn 1989

In einer Welt, die heute in maßgeblicher Weise von den Medien geprägt und beeinflusst ist, wird die journalistische Frage zur Machtfrage. Ist die Pressefreiheit grenzenlos? Die Medien kontrollieren die Mächtigen. Wer kontrolliert die Medien? Was ist ihre Verantwortung vor der demokratischen Öffentlichkeit, die sie herstellen, und vor einem Publikum, das die Demokratie verkörpert?

Zu glauben, daß Christus für die Menschen gestorben sei, nützt gar nichts, wenn man nicht glaubt, einer von diesen zu sein.

Martin Luther

Auf diesem Hintergrund erlangt die Einführung in die Medienethik ihre besondere Aktualität. Der Journalismus braucht eine Ethik-Debatte, eine kritische Selbstbestimmung auf seine Freiheitsmoral, die der tragende Grund ist. Die Macher und das Publikum stehen gleicherweise auf dem Prüfstand, wenn die Medienkultur, die sich immer stärker herausbildet, sich nicht gegen die Menschen und die Staatsform der Demokratie wenden soll. Die Kompetenz muß zunehmen, das ist die Absicht dieser Einführung in die Medienethik, die zugleich als eine Kritik der journalistischen Vernunft geschrieben wurde. Das heißt, Maßstäbe und Normen für einen selbstkritischen Journalismus werden anhand von fünfzehn Bausteinen zur Medienethik begründet und in erläuternden Aufsätzen zur Anschauung gebracht.

Dem Verfasser kommt es zugute, daß er praktizierender Publizist ist und zugleich sich als Kommunikationswissenschaftler mit mehreren Buchveröffentlichungen und zahlreichen Fachartikeln zu Wort gemeldet hat. Sein besonderes Augenmerk gilt seit vielen Jahren dem vernachlässigten Arbeitsfeld der ethischen und philosophischen

Begründung des Journalismus in der politischen Kultur der freiheitlichen Demokratie. Das Buch wendet sich nicht nur an Fachleute, sondern hat einen breiteren Leserkreis von interessierten und betroffenen Bürgern im Blick. Die Lesbarkeit wird durch viele eingestreute Zitate und aktuelle Bezüge erhöht.

Gerd Langguth, Wer regiert Nicaragua? Geschichte, Ideologie und Machtstrukturen des Sandinismus, Verlag Bonn Aktuell, Stuttgart, Juni 1989, 253 Seiten

Trifft die Aussage des Friedensnobelpreisträgers Oscar Arias zu, die Sandinisten würden „sich vor Freiheit und Demokratie mehr fürchten, als vor Waffen“? Was ist „Sandinismus“, wer sind die politischen Führer und welche langfristigen Ziele haben diese Revolutionäre, die das diktatorische Somoza-Regime beseitigt hatten? Aber auch: Wie sichern sich die Sandinisten die Macht in Nicaragua und welche Rolle billigen sie einer Opposition zu?

Auf diese und weitere Fragen gibt der Bonner Politikwissenschaftler Dr. Gerd Langguth, ehemaliger Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Bundesvorstandes des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU sowie Mitglied der Menschenrechtskommission der Christlich-Demokratischen Internationalen (CDI) und seit letztem Jahr Leiter der Vertretung der EG-Kommission in der Bundesrepublik Deutschland, in seinem neuesten Buch Antwort. Er schildert, warum es aus seiner Sicht trotz der Bemühungen der fünf zentralamerikanischen Präsidenten noch viele Jahre dauern wird, bis Friede in diesem Lande herrscht.

Opposition. Seine Erfahrungen vor Ort sind in dieser umfassenden Analyse der Machtstrukturen Nicaraguas mit festgehalten. Das Buch beschäftigt sich u. a. mit folgenden Aspekten: Vorgeschichte der Revolution; die Geschichte der FSLN; die Ideologie des Sandinismus; Parteistruktur der FSLN; der staatlich-politische Aufbau; Verfassung, Verfassungswirklichkeit und Staatsaufbau; das Verhältnis der FSLN zur inneren Opposition.

Karl Herbert: Kirche zwischen Aufbruch und Tradition, Entscheidungsjahre nach 1945, 408 Seiten, Leinen, Radius-Verlag, Stuttgart 1989

Das Thema lenkt den Blick auf die jüngste Vergangenheit der evangelischen Kirche. Ob es um die Aufarbeitung der Vergangenheit ging oder um das Ost-West-Verhältnis, um die Wiederbewaffnung, die Stellung zu den nuklearen Massenvernichtungsmitteln oder nicht zuletzt um das Thema Kirche und Politik überhaupt – immer wieder ergaben sich tiefe Auseinandersetzungen, die zeitweise an den Rand des Auseinanderbrechens führten.

Die Spannungen und Gegensätze sind spürbar genug: zwischen Konservativen und Fortschrittlichen, zwischen Evangelikalen und Ökumenikern, zwischen denen, für die mit dem Leitwort der Dreißiger Jahre: „Kirche muß Kirche bleiben“ alles Notwendige für heute gesagt ist, und denen, für die das entscheidende Ziel heißt: „sie muß Kirche für andere werden“. Statt mit einer Stimme zu sprechen, bietet die evangelische Kirche eher ein Bild der Zerrissenheit.

Im Blick auf die Folgerungen für das Verständnis von Kirche heute schien es dem Autor angebracht, den Gründen für die Entwicklung nach 1945 nachzugehen und den Weg der ersten 20 Jahre mit allen wichtigen Brennpunkten nachzuzeichnen. Da geht es neben schon genannten Themen um Bekennen und Verdrängen der Schuld, um die lutherische Tradition ebenso wie um die Entmythologisierung, den Militärseelsorgevertrag und die dadurch ausgelöste Ausgliederung der Kirchen in der DDR oder schließlich um die Ostdenkschrift zur Aussöhnung mit Polen.

Aus unserer Arbeit

Aufbruch Europa!?

Bonn. Zum 12. Bonner Theologischen Gespräch hatte der EAK-Bundesvorsitzende, Staatsminister **Albrecht Martin**, ins Adenauer-Haus eingeladen. Unter den knapp 150 Zuhörern konnte er u.a. auch einige Professoren der Bonner Theologischen Fakultät begrüßen. In einem „Dialog“ zwischen zwei Gesprächspartnern wurde der Frage nachgegangen: Aufbruch Europa – doch zu welchem Europa? Beide Referenten gingen in ihren Beiträgen besonders auf die aktuelle Situation in Osteuropa ein.

Dazu führte **Dr. Volkmar Köhler**, MdB, in seinem Vortrag aus: „Perestroika und Glasnost bieten die Chance einer europäischen Friedensordnung. Nicht mehr Annäherung in kleinen Schritten, sondern wachsende Übereinstimmung in Grundfragen können diese Friedensordnung festigen. Die Unterstützung dieses Prozesses ist nicht nur eine Frage der Orientierung deutscher Politik, sondern sie erfordert eine europäische Politik, d. h. eine Unterstützung der Gemeinschaft für die Gestaltung dieses Prozesses einer europäischen Friedensordnung. Nur durch den Einsatz der gesamten politischen und ökonomischen Kraft Westeuropas kann die Entwicklung Ost- und Mitteleuropas so gestaltet werden, daß eine schrittweise Annäherung und damit Hoffnung auf eine endliche Wiedervereinigung Europas Wirklichkeit wird. Die Bundesrepublik ist gut beraten, ihre Politik in den europäischen Kontext einzubetten und damit von vornherein die scheinbar unausrottbare Sorge vor deutscher Eigenentwicklung gegenstandslos zu machen.“

Dr. Klaus Lefringhausen stellte anhand von fünf Thesen dar, daß das Europäische Haus nicht nur unser Haus sei, sondern das einer Wohngemeinschaft derer sein müsse, die sich gemeinsam einer Koevolution ausgesetzt haben. Er knüpfte im folgenden oft an die Ausführungen seines Vorredners an: „Die Kirchen in der DDR haben sich von dem Selbstverständnis gelöst, Kirche im Sozialismus zu

sein, weil sie nicht zu dem Mißverständnis Anlaß geben wollen, sie würden für eine konkrete Gesellschaftsordnung optieren. Sie reagieren aber auch empfindlich auf westliche Vorstellungen, aus der Konkursmasse des Sozialismus sei nichts mehr zu retten und westlicher Konsumismus sei nun der Boden, auf dem ihnen eine neue geistige Heimat angeboten werden könne. Sie beobachten mit Schrecken einen westlichen Triumphalismus, der nicht nur die Reformaufgaben im Osten erschwert, sondern auch als Indiz dafür gilt, daß unsere eigene Kritik- und Reformbereitschaft so nachläßt, daß eine geistige Wiedervereinigung Europas durch die Mentalität des Rechtshabens, die Attitüde des Aufder-ganzen-Linie-gesiegt-Habens und die Selbstzufriedenheit der Wahrheit und Wohlstand zugleich Besitzenden keines-



von links: **Dr. Klaus Lefringhausen**, Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung, **Minister Albrecht Martin**, Parl. Staatssekretär a. D. **Dr. Volkmar Köhler**, MdB

wegs selbstverständlich gelingt. Bei aller berechtigter Empfindlichkeit gegenüber einem gewissen Nörgelprotestantismus, der dazu neigt, alle Probleme zu bebüßen, kann ein protestantisch-selbstkritisches Prinzip ein solches Meinungsklima korrigieren und zur geistigen Wiedervereinigung Europas beitragen.“

Nach einer intensiven Aussprache im Plenum hielt **Dr. Lefringhausen** fest, daß es zu den diffizilen Aufgaben einer seismographisch wachen Kirche gehöre, die Identitätsfrage als Schlüsselproblem des werdenden Europas ernst zu nehmen, an ihrer Klärung mitzuwirken und sie nicht sich selbst zu überlassen.

Dr. Köhler forderte auf, sich verstärkt der Frage zuzuwenden, wie endlich für die Jugend Europas die Zukunft gewonnen werden kann. Was wird die Ordnung des Zusammenlebens dieser Zukunft sein? Diese Frage richtet sich nicht nur an die Politiker.

Beide Vorträge zum Thema „Aufbruch Europa“ können Sie bei der EAK-Bundesgeschäftsstelle beziehen:
EAK der CDU/CSU,
Friedrich-Ebert-
Allee 73–75,
5300 Bonn 1,
Telefon: 02 28/544-305.

„Keine geschlossene Gesellschaft“

Dinslaken. „Im Vordergrund steht eine qualifizierte, sachbezogene politische Arbeit“. Diese Auffassung vertraten Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Gründungsversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Dinslaken. Politik sei als Auftrag für das Gemeinwohl und den Dienst am Bürger zu begreifen. Daher seien die künftigen Veranstaltungen des Evangelischen Arbeitskreises offen sowohl für katholische CDU-Mitglieder als auch für evangelische Christen, die nicht der CDU angehören. Das Gespräch mit diesen Gruppen werde man sogar suchen, meinten die Gründungsmitglieder übereinstimmend.

Wolfgang Hemkens aus Moers umriß in einem Einführungsreferat die Aufgaben und Ziele dieser Vereinigung.

Grundlage für das Handeln der Politik bilde der Glaube auf das Evangelium. Allein hieraus schon sei die Verbindung zur Evangelischen Kirche notwendig. Andererseits gelte es, der Kirche vor Augen zu führen, daß menschliches Handeln auch in der Politik immer nur unvollkommen und fehlerhaft sein könne. Es sei jedoch immer noch besser, überhaupt verantwortungsbewußt zu handeln, als unrealistische Forderungen zu erheben.

Schließlich habe der Evangelische Arbeitskreis deutlich Stellung zu beziehen, wenn in Bund, Ländern und Gemeinden die Politik „zu kurzatmig“ betrieben werde.

Die anschließenden Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis:

Vorsitzender: **Reinhard Muthmann**, Stellvertreterin: **Heidrun Hoch**, Schriftführer: **Bert Mölleken**.

Fachkongreß der Senioren-Union

„Wie wollen ältere und alte Menschen wohnen? – Neue Wohnformen im Alter“

u. a. mit Bundesministerin **Dr. Ursula Lehr**
Oberbürgermeister **Dr. Manfred Rommel**
CDU-Generalsekretär **Volker Rühle**

Leitung: **Gerhard Braun**,
Bundesvorsitzender der Senioren-Union

Montag, 6. November 1989, 9.30 – 17.15 Uhr
Konrad-Adenauer-Haus, Bonn

Anmeldung bei der Senioren-Union, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn 1, (02 28/544-360)

In der Öffentlichkeit gibt es Zerrbilder der Politik

Pinneberg. Zu einer Betrachtung von Grundsatzfragen traf sich am Donnerstag der Evangelische Arbeitskreis der CDU. Es sollte ein politisches Arbeitsgespräch werden unter dem Motto „Was vollzieht sich in unserer Gesellschaft“. **Hans Bleckmann**, Kreisvorsitzender des EAK und Mitglied im Bundesvorstand, konnte interessierte Gäste und Mandatsträger begrüßen. Zur Diskussionsrunde des unkonventionellen Arbeitskreises waren unter anderem **Monika Grabbert**, Geschäftsführerin der CDU-Kreisfraktion und ebenfalls EAK-Kreisvorstandsmitglied, sowie **Pinneberger CDU-Ratsherrin Peter Burgdorff** und **Günter Bott** erschienen. Der Bedarf nach einem derartigen Diskussionsforum schien groß zu sein, wie sich im Verlauf des Abends zeigte. In seinem Einführungsvortrag riß Hans Bleckmann all die Themen an, die während des Abends aufgearbeitet wurden: so zum Beispiel die passive Einstellung der Bürger gegenüber dem Gemeinwesen und der Politik und die daraus resultierende Verpflichtung der Politiker, verstärkt Meinungsbildung zu betreiben.

Am 31. Oktober 1517 löste Martin Luther mit seinen 95 Thesen gegen die Ablasspraxis der römischen Kirche eine Bewegung aus.

43 Man muß die Christen lehren: Wer dem Armen gibt oder dem Bedürftigen leiht, handelt besser, als wenn er Ablässe kauft.

44 Denn durch das Werk der christlichen Liebe wächst die Liebe, und der Mensch wird besser, aber durch die Ablässe wird er nicht besser, sondern nur freier von Strafe...

Weitere Gesichtspunkte von Bleckmanns Orientierungsrede waren die Stellung der CDU zur Abtreibungspraxis, Zukunftsprobleme, die sich aus der Verschiebung der Altersstruktur ergeben und die Haltung der CDU zur Umweltschutzpolitik.

Auch gelte es, die demokratischen Grundwerte wieder bewußt zu machen. Das Pflichtbewußtsein gegenüber dem Staat müsse gefördert werden. Man war sich im Arbeitskreis darüber einig, daß allgemein in der Politik zuviel „Blech“ geredet werde. In Zukunft müsse man auf allen öffentlichen Veranstaltungen präsent sein und dabei mit den Menschen sprechen und den Kontakt suchen. Dabei solle man auch nicht vor der Auseinandersetzung mit andersdenkenden Gruppen und Parteien zurückschrecken.

„Fremdlinge bei uns sind Menschen wie wir“

Calw. Es war „Zuneigung auf den ersten Ton“, begrüßte der Vorsitzende des evangelischen Arbeitskreises (EAK) in Calw, **Bruno Heuchert**, den Referenten **W. Böhm** bei der Vortragsveranstaltung des EAK am Donnerstagabend in Stammheim. Heuchert hatte Wilfried Böhm im vergangenen Winter im Deutschlandfunk zur frühen Morgenstunde gehört, als er sich kritisch über die schlechte Unterbringung der Aussiedler im Lager Friedland äußerte.

Die Ausländer, führte der Referent an, haben wir ins Land geholt, und sie und wir haben daraus profitiert. Dies betone er aus dem Grund, weil es oft so dargestellt werde, als würden die Ausländer bei uns nur ausgebeutet, sagte der Referent. Sie hatten mit ihrem Verdienst viele Werte auch in ihren Heimatländern geschaffen und damit diese Ländern direkt geholfen. Sie hätten sich bei uns Rechte erworben, und darum plädiere er, daß man denjenigen, die es wünschen, den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erleichtere, damit sie dann mit

allen Rechten und Pflichten unseres Volkes hier leben könnten.

Abschließend sprach **W. Böhm** noch von der Flüchtlingsbewegung in der DDR. Er wahrte sich gegen böswillige Unterstellung der SED, die Bundesrepublik würde eine Abwerbungskampagne treiben, und forderte seinerseits die DDR-Machthaber auf, nun endlich auch den Reformen zuzustimmen, die notwendig sind, damit die Menschen daheim bleiben und sich frei entfalten könnten, wie dies schon in Ungarn, Polen und der Sowjetunion möglich sei.

Siegfried Leschke bleibt Vorsitzender

Leverkusen. **Siegfried Leschke** bleibt Vorsitzender des Evan-

gelischen Arbeitskreises der CDU Leverkusen. Auf der Jahreshauptversammlung wurde er in seinem Amt bestätigt. Eine Änderung gibt es beim zweiten Vorsitzenden: Für Manfred Wolter, der nicht mehr kandidierte, wurde **Marie-Luise Kühlthau** gewählt. Zu Delegierten für die Landes- und Bezirksversammlung sowie die Kreisparteitage wurden Marie-Luise Kühlthau und Siegfried Leschke gewählt.

Brücken schlagen zwischen evangelischer Kirche und Union

Lörrach. Der Evangelische Arbeitskreis in der CDU, Kreisverband Lörrach, konnte seine erste Generalversammlung abhalten. Gegründet wurde dieser EAK vor zwei Jahren. Um den direkten Zugang zur Basis herzustellen, bemühte sich der Landesverband in den letzten Jahren um die Gründung örtlicher EAK's.

In den EAK's sammeln sich Christen, die ihres Glaubens wegen einen Beitrag zur Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens leisten wollen und Verantwortung in kirchlichen wie politischen Bereichen zu übernehmen bereit sind. Da der Kontakt zwischen Union und evangelischer Kirche oft nicht besonders gut sei, ist das Ziel der EAK-Arbeit, hier eine Brücke zu schlagen, eine bessere Verbindung zu schaffen. Parteimitglieder und parteiungebundene Personen („die diese Arbeit nicht durch die Parteibrille sehen“) arbeiten zusammen, bemühen sich, „starre Fronten aufzubrechen und das gestörte Verhältnis zu entkrampfen“. Der EAK ist außerdem bestrebt, christliche Werte in der Union zu verwirklichen, die Ökumene zu festigen.

Eine weitere Aufgabe stellt sich der EAK, indem versucht wird, kirchliche Stellen und Gemeindeglieder für die Union zu interessieren. Vier Vorträge mit namhaften Referenten „aus beiden Lagern“ wurden organisiert, zwei davon zur Vorbereitung der Europäischen Ökumenischen Versammlung in Basel.

Die Neuwahlen des Vorstandes bestätigten den Vorsitzenden **Karl Heinz Röttel** (Schopfheim) und seinen Stellvertreter **Heinz Schleyer** (Weil) in ihren Ämtern. Schriftführer wurde **Fritz Hütter**, als Beisitzer wurden **Ingeburg Duve**, **Kurt Härschel**, **Heidi Lüttin**, **Dieter Kaltenbach**, **Christian Oschatz** und **Lotte Sedlaczek** ernannt. Pfarrer **Siegfried Harr** aus Ötlingen wird als parteiungebundener Gastbeisitzer mitwirken.

Großes Verdienstkreuz für Wolfgang Böhme

Bad Herrenalb. Akademiedirektor i. R. **Wolfgang Böhme** erhielt das große Bundesverdienstkreuz. Die Auszeichnung wurde dem 70jährigen Juristen durch Ministerin Barbara Schäfer im Rahmen des Akademiesommerfestes in Bad Herrenalb überreicht. Dr. Böhme ist Vorstandsmitglied des EAK-Baden und Vorsitzender der theologischen Initiativegruppe des EAK Baden.

Bundeswehr – noch notwendig?

Albstadt. „Verantwortung der Soldaten im Atomzeitalter“ war das Thema, zu dem der Evangelische Arbeitskreis der CDU (EAK) eingeladen hatte. Als Gesprächspartner war **Major Schaub** von der 1. Luftwaffendivision Meßstetten gekommen. EAK-Vorsitzender **Rainer Sindlinger** äußerte in seiner Begrüßung die Befürchtung, daß wir uns an den Frieden gewöhnt haben und die gesicherte Freiheit als selbstverständlich ansehen. Die Bundeswehr werde angesichts fortschreitender Abrüstung und den Veränderungen im Ostblock als immer weniger notwendig angesehen.

Major Schaub ging eingangs auf die Verantwortung der Soldaten ein. Er stellte dabei klar, daß Befehl und Gehorsam erforderlich seien. Der Vorgesetzte trage dabei eine Verantwortung, die über das Sachliche hinausgehe. Für die Bundeswehr sei das Primat der Politik unbestritten. Der Soldat müsse im vollen Bewußtsein des Risikos letzten Endes handeln, ohne seiner selbst willen bis zur Aufopferung. Die Tätigkeit des Soldaten werde bestimmt durch den vermeintlichen Feind, wobei alles ausgerichtet sei auf das Wohl der Allgemeinheit, welches nicht unbedingt dem Wohl des Einzelnen entspreche.

Major Schaub: „Soldat zu sein, heißt daher, Verantwortung bewußt zu tragen.“ Verkürzt heißt das, „alles Militärische erwächst aus der Situation der Gefahr.“

Die anschließende Diskussion wurde von EAK-Stellvertreter **Claus-Joachim Lohmann** geleitet.

Wenn auch nicht alle Teilnehmer von der Notwendigkeit der Bundeswehr überzeugt waren, so wurde doch deutlich, daß es in Zukunft vermehrt solche Dialoge zwischen Bundeswehr und Bürger geben muß.

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Minister für Bundesangelegenheiten Albrecht Martin, MdL; Bundesminister a. D. Dr. Werner Dollinger, MdB; Staatsminister a. D. Friedrich Vogel, MdB; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Arnulf Borsche ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 5300 Bonn
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

Aus dem Inhalt:

Tradition und Moderne im fränkischen Raum – eine Analyse	1
Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern – Strömungen und Tendenzen	3
Die politische Verantwortung der Union für Norddeutschland	4
Aus den Wurzeln leben	6
Aus christlicher Verpflichtung: Soziale Marktwirtschaft	7
Ost und West – herausgefordert zu mehr Gerechtigkeit in der Weltwirtschaft	8
Protestantische Profile: Eberhard Diepgen	9
Christliches Verständnis von Mensch und Schöpfung	10
Kirche in der DDR	11
Betrifft: DDR	12
Büchermarkt	13
Aus unserer Arbeit	14

AKTION WILLKOMMEN

für Landsleute aus der DDR



So helfen wir unseren neuen Nachbarn – Leitfaden

● Patenschaften:

Eine hervorragende Gelegenheit, Landsleute aus der DDR mit offenen Armen und tatkräftiger Hilfe zu unterstützen, bieten Patenschaften.

Dazu können CDU-Verbände einen Gesprächs- und Patenschaftskreis gründen, in dem sich regelmäßig Landsleute aus der DDR mit CDU-Mitgliedern und -Freunden treffen, um Bekanntschaften zu schließen. CDU-Verbände können darüber hinaus persönliche Patenschaften einzelner CDU-Mitglieder für Landsleute aus der DDR vermitteln.

● Eingliederung durch Vereine:

Die örtliche CDU-Fraktion beschließt oder bringt als Antrag ein, daß Vereine, die sich um Eingliederung kümmern, von der Kommune unterstützt werden. Vor allem Sportvereine sollten angesprochen werden, um jungen Übersiedlern eine Chance zum Mitmachen zu geben.

● Ratgeber-Treffen:

Gesprächsgruppen, bei denen die CDU den Referenten besorgt, werden zu unterschiedlichen Themen angeboten: Wohnrecht, Arbeitsrecht, Versicherungsschutz, Berufsausbildung, Weiterbildungschancen.

● Die neue Heimat vorstellen:

Bei Rundfahrten oder Spaziergängen durch die Gemeinde oder den Stadtteil berichten sachkundige Gesprächspartner über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Region. Verteilen Sie Stadtpläne, regionale Straßen- und Wanderkarten.

● Reise nach Bonn:

Bundestagsabgeordnete sollten ihr Reisekontingent nach Bonn nutzen, um auch Landsleute aus der DDR einzuladen.

Hier erhalten Sie weitere Informationen:

Senioren-Union: „Aktion Willkommen“ vor Ort; Leitfaden der Senioren-Union zur Eingliederung der Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland, zu beziehen über die Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1.

Junge Union: Aktion Wohnungssuche vor allem beim Landesverband Niedersachsen sowie beim Landesverband Nordrhein-Westfalen; außerdem gibt es in Nordrhein-Westfalen Einstiegshilfen in die Schulen sowie Freizeitbetreuung für Kinder und Jugendliche, Annaberger Straße 283, 5300 Bonn 2.

Mittelstandsvereinigung: Das Büro Bonn ist bereit, als Clearingstelle für die Arbeitsvermittlung vor Ort zu fungieren. Heussallee 40, 5300 Bonn 1.

Kommunalpolitische Vereinigung (KPV): Wenn Sie eine Patenschaft übernehmen wollen, hilft Ihnen die KPV weiter. Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1.

Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS): Telefonische Beratung: wochentags von 19.00 Uhr – 22.00 Uhr unter der Rufnummer 01 30/31 20 beraten Sie Fachleute (Schwerpunkt Studienangelegenheiten) in Ihren Problemen.

Informationen und Unterlagen können Sie auch über die EAK-Bundesgeschäftsstelle, Tel.: 02 28/544-302 beziehen.

Unsere Autoren:

Dr. Werner Dollinger MdB
Bundeshaus,
5300 Bonn 1

Dr. Walter Allgaier
Neiserstr. 13,
8000 München 2

Klaus Weigelt
Urfelder Str. 226
5047 Wesseling/Eichholz

Ulf Fink
Johannes-Albers-Allee 3
5330 Königswinter 1

Elmar Pieroth
Heuss-Allee 40
5300 Bonn 1

Eberhard Diepgen
Lietzenburger Str. 46
1000 Berlin 30

Staatsminister
Albrecht Martin
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
5300 Bonn 1